

Direkte Demokratie in Konflikten um Bergbau in Lateinamerika: das Goldminenprojekt *La Colosa* in Kolumbien

Kristina Dietz

GLOCON Working Paper Series · No. 4 · April 2017



Global Change – Local Conflicts?

Conflicts over land in Latin America and sub-Saharan Africa
in times of global transformation

www.land-conflicts.net

GLOCON Working Paper Series

Herausgeberin

Nachwuchsgruppe GLOCON, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Bettina Engels/ Dr. Kristina Dietz
Boltzmannstr. 1, 14195 Berlin

Layout und Redaktion: Lydia Galonska/ Anna Dobelmann

Bildnachweis Titelbild: fuyu liu - shutterstock.com

Zitationsangabe für diesen Beitrag

Dietz, Kristina (2017): Direkte Demokratie in Konflikten um Bergbau in Lateinamerika: das Goldminenprojekt *La Colosa* in Kolumbien, GLOCON Working Paper, Nr. 4, Berlin, 2017.

Alle GLOCON Working Paper sind online verfügbar unter www.land-conflicts.net

GLOCON übernimmt keine Verantwortung für etwaige Fehler in den Working Paper oder für Konsequenzen aus dem Gebrauch von darin enthaltenen Informationen. Die Ansichten und Meinungen dieses Working Paper spiegeln die der Autorin wider und entsprechend nicht notwendigerweise denen der Nachwuchsgruppe.

In der GLOCON Working Paper Reihe werden Ergebnisse aus den laufenden Forschungen der Nachwuchsgruppe publiziert. Die Veröffentlichung eines Beitrags ist kein Ausschlussgrund für die anschließende Publikation in einem anderen Format. Das Urheberrecht verbleibt bei der Autorin.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

GLOCON
Global Change - Local Conflicts

Direkte Demokratie in Konflikten um Bergbau in Lateinamerika: das Goldminenprojekt *La Colosa* in Kolumbien

Kristina Dietz

Zusammenfassung

In Lateinamerika setzen Protestakteure im Rahmen von Konflikten um Bergbau zunehmend direktdemokratische Verfahren als Mittel des Protests ein. Seit 2002 fanden in sechs Ländern der Region 91 lokale „Volksentscheide“ (*consultas populares*) statt. Unter welchen Bedingungen es zum Einsatz solcher Verfahren kommt und welche politischen Effekte sie haben, ist Gegenstand des vorliegenden Working Papers. Die Analyse basiert auf eigenen Forschungen zur Mobilisierung von *consultas* in Kolumbien und bestehenden Fallanalysen. Gezeigt wird, dass sich der Einsatz direktdemokratischer Verfahren in Anti-Bergbauprotesten durch ein Zusammenspiel aus langfristigen politisch-institutionellen Wandelprozessen (Institutionalisierung politischer Rechte und Verfahren direkter Beteiligung), kurzfristigen Veränderungen struktureller Kontextbedingungen (lokale Regierungswechsel, Gesetzesänderungen, neue Allianzen) sowie (in-)direkten Mechanismen der Verbreitung erklärt. Politische Effekte von *consultas* zeigen sich in Bezug auf Projektverläufe (Änderung, Verzögerung von Projektplänen), strukturelle Kontextbedingungen (Machtverhältnis zwischen nationalen und lokalen Regierungen, Partizipation in bergbaupolitischen Entscheidungen), Mobilisierung, Bewusstseinsbildung sowie politisches Agendasetting.

Abstract

In Latin America social actors and local politicians increasingly apply popular consultations in conflicts over mining as a means of protest. Since 2002 91 so called *consultas populares* have been taken place. The Working Paper at hand examines under what conditions procedures of direct democracy become a means of protest against mining, and with what political effects. The analysis builds on own research in Colombia and existing case studies. It shows, that the occurrence of popular consultations as a means of protest results from the interplay between long-term changes in political-institutional structures (institutionalization of political rights and forms of direct participation), short-term changes in political opportunities (change of local government, passing of a new law, new alliances), as well as direct and indirect mechanisms of diffusion. Political effects of *consultas* are changes in the design and timetable of mining projects. Furthermore *consultas* have an effect on mobilization, awareness raising, political agenda setting, and on structural context conditions such as the power relations between the national and local governments or social participation in mining issues.

Schlagwörter: Konflikte um Bergbau, Bürger_innenentscheide, Demokratie, Kolumbien

Keywords: Conflicts over mining, public consultation, democracy, Colombia

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	1
2 Politische Gelegenheitsstrukturen, Diffusion und direkte Demokratie	3
2.1 Politische Gelegenheitsstrukturen	4
2.2 Diffusion	5
2.3 Direkte Demokratie	5
3 Bergbau-Boom und <i>consultas populares</i> in Lateinamerika	7
3.1 Doppelte Transformation und direktdemokratische Verfahren	8
3.2 Aufkommen und Verbreitung von <i>consultas</i> als Proteststrategie	9
4 Der Protest gegen das Goldminenprojekt <i>La Colosa</i> in Kolumbien	11
4.1 <i>Consultas</i> : rechtliche Grundlagen	12
4.2 <i>Consultas</i> als Proteststrategie: Erfahrungen aus drei Gemeinden	13
5 Direkte Demokratie in Protesten gegen Bergbau: Bedingungen und politische Effekte	16
5.1 Politische Gelegenheiten und Diffusion	16
5.2 Politische Effekte	18
6 Fazit	20
Literatur	23
Anhang: Tab.1 Bürger_innenentscheide zu Bergbau in Lateinamerika	28

1 Einleitung

Konflikte um die Ausweitung des industriellen Bergbaus haben seit Ende der 1990er Jahre weltweit zugenommen (Bebbington/Bury 2013; Dietz/Engels 2016; Özkaynak/Rodríguez-Labajos 2012). Hohe Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt und eine wachsende Nachfrage nach mineralischen und metallischen Rohstoffen lösten zwischen 2005 und 2013 einen Investitionsboom im Bergbausektor aus (ICMM 2014). Ein Großteil der Investitionen floss in Länder des Globalen Südens mit dem Ziel, industrielle Bergbauprojekte zu initiieren und sogenannte „*mega-mines*“ zu eröffnen (Acquatella 2013; Larsson 2014). *Mega-mines* sind industrielle Großminen, die meist von transnationalen Rohstoffkonzernen im Tagebau betrieben werden, hohe Investitionssummen erfordern und in denen mehrheitlich metallische Rohstoffe (Gold, Silber, Kupfer) mit hohem technologischen Einsatz abgebaut werden (sollen) (Larsson 2014; Renauld 2016).

In Lateinamerika haben diese Vorhaben in den vergangenen Jahren eine Vielzahl sozialer Proteste ausgelöst, die häufig von breiten klassen- und sektorübergreifenden Allianzen zwischen nichtstaatlichen und staatlichen Akteuren getragen werden. An den Protesten beteiligen sich neben Kleinbäuer_innen und ethnischen Organisationen auch städtische Akteure wie Jugend-, Stadtteil- und Studierendenorganisationen, Unternehmer_innen, Umwelt- und Menschenrechtsverbände, lokale Regierungen und Gemeinderäte. Für die Mobilisierung ihres Protests bedienen sie sich eines breiten Spektrums an Strategien: alternative Medienkampagnen, Videodokumentationen, konfrontative Aktionen wie Demonstrationen, überregionale Protestmärsche, Blockaden von Straßen und Zufahrtswegen oder die Besetzung von Ministerien (vgl. Engels 2016; Dietz/Engels 2016). Eine besondere Rolle spielen dabei lokale Bürger_innenentscheide, sogenannte *consultas*. *Consultas* sind direktdemokratische Verfahren, die in Abhängigkeit vom Länderkontext und der gesetzlichen Verregelung als Volksentscheide (*consultas populares*), kommunale Entscheide (*consultas comunales*, *consultas comunitarias de buena fe*), Nachbarschaftsentscheide (*consultas vecinales*) oder Referendum (*referéndum*) bezeichnet werden.¹ Seit 2002 wurden in sechs Ländern Lateinamerikas Bürger_innenentscheide auf Gemeinde- oder Provinzebene zu Bergbau durchgeführt (Walter/Urkidi 2015; Hoetmer 2010; Dueholm Rasch 2012; Garcés Villamil/Rapalino Bautista 2015, vgl. Anhang: Tab. 1). Obgleich staatliche Verwaltungen, nationale Regierungen und die beteiligten Unternehmen die direktdemokratischen Abstimmungen häufig nicht anerkennen und ihre Rechtmäßigkeit juristisch und politisch in Frage stellen, entfalten sie politische Wirkung. In mehreren Fällen trugen sie dazu bei, dass geplante Projekte vorläufig gestoppt, zeitlich verzögert, im

¹ Im vorliegenden Text verwende ich den Begriff *consultas* synonym zu den anderen Bezeichnungen direktdemokratischer Verfahren. *Consultas* fasse ich als Bürger_innenentscheide.

Projektdesign verändert oder auch ganz verhindert werden konnten. In vielen Ländern sind direktdemokratische Verfahren in Konflikten um Bergbau darüber hinaus zu einem eigenen Konfliktgegenstand zwischen lokalen Regierungen und sozialen Bewegungen auf der einen und nationalen Regierungen und Unternehmen auf der anderen Seite geworden. Gestritten wird über die Machtverteilung zwischen nationalstaatlichen und lokalen Regierungen sowie über die Legitimität und Rechtmäßigkeit gesellschaftlicher Beteiligung im Bereich Bergbau (vgl. Hoetmer 2010; Anhang: Tab. 1).

Unter welchen Bedingungen es zum Einsatz direktdemokratischer Verfahren als Strategie des Protests gegen Bergbau kommt und welche Effekte sie auf die Mobilisierung von Protest, die Verhinderung geplanter Minen und die Politisierung von Bergbau haben, ist Gegenstand des vorliegenden Beitrags. Empirisch beziehe ich mich auf den Konflikt um die *La Colosa*-Goldmine in Kolumbien, bei dem Protestakteure in drei (un-)mittelbar betroffenen Gemeinden lokale Bürger_innenentscheide initiierten und bisher in einer Kommune erfolgreich durchführten. Theoretisch stützt sich die Analyse auf Ansätze der *contentious politics*-Forschung, insbesondere die Konzepte *political opportunity structures* (Tarrow 1998; Meyer 2004) und *diffusion* (Soule 2007; Soule 2013). Diese verknüpfe ich mit demokratiethoretischen Überlegungen zu direkter Partizipation (Sauer 2009; Holland-Cunz 1998). In der sozialwissenschaftlichen Forschung zu Konflikten um Bergbau liegen erste, meist fallbezogene Erkenntnisse über die Bedingungen, die eine erfolgreiche Durchführung und Verbreitung von *consultas* beeinflussen, vor (vgl. Walter/Urkidi 2015; Renauld 2016; Dueholm Rasch 2012). Die politischen Effekte direktdemokratischer Verfahren wurden bisher hingegen kaum untersucht. Dieser Lücke widmet sich der vorliegende Beitrag mit dem Ziel, die Bedeutung direktdemokratischer Verfahren für soziale Bewegungen in Bergbauprotesten sowie ihre Potenziale und Grenzen für eine Politisierung von Bergbaufragen zu analysieren.

Die empirischen Daten der Fallstudie zu Kolumbien habe ich während mehrwöchiger Forschungsaufenthalte im März und September 2015, Oktober 2016 sowie März 2017 unter Verwendung verschiedener Methoden der qualitativen Sozialforschung erhoben: leitfadengestützte Interviews, teilnehmende Beobachtung sowie die Auswertung von Zeitungsberichten, Meldungen sozialer Medien und NGO-, Unternehmens- und Ministeriumsdokumenten. Interviewpartner_innen waren Mitarbeiter_innen von NGOs, des Ministeriums für Bergbau und Energie und des beteiligten Unternehmens AngloGold Ashanti (AGA), unabhängige Jurist_innen, Aktivist_innen sozialer Bewegungen und lokaler Basisorganisationen, der Bürgermeister einer der betroffenen Gemeinden, Angehörige lokaler Verwaltungen und Gemeinderäte. Die Interviews fanden in Bogotá und in drei vom

Projekt betroffenen Gemeinden in der Provinz Tolima – Piedras, Ibagué und Cajamarca – statt.²

Der Beitrag ist wie folgt gegliedert: Nach der Darstellung des theoretischen Rahmens gebe ich einen Überblick über bisherige Erfahrungen zu *consultas* und Bergbau in Lateinamerika. Anschließend beschreibe ich das Goldminenprojekt *La Colosa* und die Mobilisierung lokaler Bürger_innenentscheide in drei vom Projekt betroffenen Gemeinden. In der folgenden Analyse identifiziere ich die Faktoren, welche die Initiierung von *consultas* in diesem Fall beeinflussen und diskutiere die politischen Effekte direkter Demokratie in Bezug auf die Protestmobilisierung, die Verhinderung der geplanten Mine und die Politisierung von Bergbau. Im Fazit fasse ich die Bedingungen und Voraussetzungen von *consultas* in Protesten gegen Bergbau sowie die Potenziale und Gefahren direktdemokratischer Verfahren für Protestbewegungen und die Demokratisierung von Bergbauentscheidungen zusammen. Der Beitrag endet mit theoretischen Überlegungen zur Verknüpfung von Ansätzen der Bewegungsforschung mit Debatten zu direkter Demokratie.

2 Politische Gelegenheitsstrukturen, Diffusion und direkte Demokratie

Die Interaktion von sozialen Bewegungen und anderen, meist staatlichen, Akteuren findet nicht in einem gesellschaftlichen und politischen Vakuum, sondern in einem historisch spezifischen politisch-institutionellen Kontext statt. Protestakteure formulieren ihre Forderungen, Ziele und Strategien unter den Bedingungen politischer und gesellschaftlicher Machtverhältnisse (Meyer 2004: 127f). Um den Zusammenhang zwischen kollektivem Handeln und strukturellen Bedingungen analytisch zu fassen, beziehe ich mich auf den Ansatz der politischen Gelegenheitsstrukturen (*political opportunity structures*). Mit diesem gelingt es, die Kontextbedingungen zu identifizieren, die den Einsatz direktdemokratischer Verfahren in Protesten gegen Bergbau ermöglichen. Ebenso wie Protestakteure ihre Forderungen und Ziele nicht unabhängig von den strukturellen Bedingungen, in denen sie agieren, formulieren, wählen sie ihre Strategien nicht isoliert von den Erfahrungen anderer. Um zu erklären, inwiefern soziale Bewegungen bei der Mobilisierung von Bürger_innenentscheiden zu Bergbau auf die Erfahrungen anderer Protestakteure zurückgreifen, verwende ich das Konzept der Diffusion (*diffusion*). Mit diesem lässt sich

² Den Interviewpartner_innen danke ich für ihre Zeit, Unterstützung und ihr Vertrauen, das sie mir während meiner Forschungsaufenthalte entgegen gebracht haben. Darüber hinaus danke ich Bettina Engels, Carla Noever Castelos und Hanna Thiesing für die wertvolle Unterstützung meiner Forschung. Jan Brunner, Anna Dobelmann, Sarah Kirst, Louisa Prause und Mario Schenk danke ich für die hilfreichen Anmerkungen zu einer früheren Fassung des Textes.

zeigen, wie sich Bürger_innenentscheide als Proteststrategie auch über nationalstaatliche Grenzen hinweg verbreiten.

Für eine Einschätzung der politischen Bedeutung von *consultas* in Konflikten um Bergbau verknüpfe ich die Konzepte der Bewegungsforschung mit demokratietheoretischen Überlegungen zu Verfahren direkter Demokratie. Die Bezugnahme auf vor allem partizipatorische Demokratietheorien, in denen Mit- und Selbstbestimmung konstitutive Elemente von Demokratie und politischem Wandel darstellen, ermöglicht eine Analyse des politischen Veränderungspotentials direktdemokratischer Verfahren.

2.1 Politische Gelegenheitsstrukturen

Der Ansatz der politischen Gelegenheitsstrukturen zielt darauf ab, zu erklären, warum und zu welchem Protesthandeln es kommt, wie sich soziale Bewegungen ausdehnen und neue Akteursnetzwerke entstehen (Tarrow 1998: 18; vgl. Renauld 2016). Kontextbedingungen, die soziale Mobilisierung und das Handeln kollektiver Akteure beeinflussen, sind etwa die Offenheit oder Geschlossenheit politischer Systeme, das Vorhandensein von einflussreichen Verbündeten, die Gespaltenheit politischer Eliten, ein Regierungs- oder Politikwechsel und die Fähigkeit staatlicher Akteure zur Repression (Meyer 2004; Tarrow 1996). Sidney Tarrow definiert politische Gelegenheitsstrukturen als „consistent – but not necessarily formal, permanent or national – dimensions of the political environment that provide incentives for people to undertake collective action by affecting their expectations for success or failure“ (1998: 19-20). Sein zentrales Argument lautet, dass es Veränderungen in den ermöglichenden und behindernden politischen Strukturen sind, die Anreize für die Mobilisierung von Protest schaffen. Dabei argumentiert er, dass langfristige und mehr oder weniger stabile politisch-institutionelle Strukturen, etwa die Etablierung demokratischer politischer Regime, die De- oder Rezentralisierung politischer Macht oder die Institutionalisierung politischer Rechte, zwar einen Einfluss auf das Handeln sozialer Akteure hätten, es aber eher kurzfristige Veränderungen und Ereignisse seien, welche die Gelegenheiten zur Mobilisierung von Protest verschoben. Zu kurzfristigen Wandelprozessen zählt er Wahlen, Regierungswechsel, eine politische Neuausrichtung oder eine politisch-ökonomische Krise (ders. 1996: 56). Allerdings eröffnen sich politische Gelegenheiten nicht nur durch externe Ereignisse. In der Interaktion mit ihren Antagonist_innen schaffen kollektive Akteure Gelegenheiten zum Protesthandeln, die sie selbst, ihre Verbündeten oder andere soziale Bewegungen, aber auch ihre Gegenspieler_innen nutzen können.

2.2 Diffusion

Soziale Bewegungen handeln nicht isoliert, sondern in direkter und indirekter Interaktion mit anderen sozialen Bewegungen, Organisationen und Akteuren innerhalb und jenseits nationalstaatlicher Grenzen, auf und zwischen unterschiedlichen Maßstabsebenen. Sie greifen Erfahrungen und Strategien anderer Protestbewegungen auf, vor allem wenn sie diese als vorteilhaft für die Durchsetzung der eigenen Forderungen einschätzen. Die Verbreitung von Ideen, Strategien und Deutungen zwischen sozialen Bewegungen wird in der Bewegungsforschung mit dem Konzept der Diffusion analysiert (vgl. Soule 2007). In einem weiten Sinne lässt sich Diffusion definieren als „the flow of social practices among actors within a larger system“ (Strang/Meyer 1993: 488). Der Ansatz erklärt, mittels welcher Mechanismen und warum es zur Verbreitung von Strategien des Protesthandelns, Organisationsformen oder spezifischen *frames* kommt (Renauld 2016: 527). Diffusion beschreibt jedoch nicht nur einen Prozess der Imitation oder Übertragung einer politischen Strategie von einem Kontext in einen anderen. Über die Ausweitung von Strategien und ihre Anpassung an veränderte Kontexte können sich auch politische Einstellungen und Bedingungen für Mobilisierung verändern und neue Gelegenheiten entstehen (Givan et al. 2010: 9). In der Forschung werden Akteure und ihre Rolle im Diffusionsprozess sowie Mechanismen der Diffusion analytisch unterschieden. Sarah Soule (2013) unterscheidet so genannte „*innovators*“ bzw. „*early risers*“ (vgl. Tarrow 1998) – Akteursgruppen, die sich als erste für eine bestimmte Strategie entscheiden und dabei Risiken eingehen – von frühen (*early adopters*), späten (*later adopters*) oder Nicht-Anwender_innen (*non-adopters*). Hinsichtlich der Mechanismen der Diffusion differenziert sie direkte und indirekte Mechanismen. Direkte Mechanismen sind solche, bei denen es zu einem direkten Austausch von Erfahrungen zwischen Protestakteuren kommt, etwa im Rahmen von Bewegungs- und Akteursnetzwerken oder persönlichen Kontakten. Indirekte Mechanismen kommen ohne intersubjektiven Austausch aus. Hierzu zählen die Verbreitung von Strategien über Massenmedien, soziale Medien, Videodokumentationen oder geteilte kulturelle Werte und kollektive Identitäten. Diese können das Aufgreifen einer Proteststrategie durch eine Bewegung an einem anderen Ort oder zu einer anderen Zeit auch ohne direkte Verbindungen erklären.

2.3 Direkte Demokratie

Direkte Demokratie beschreibt sowohl ein Verfahren als auch eine Form politischer Herrschaft, in der die Mitglieder einer politischen Gemeinschaft (häufig als „Volk“ bezeichnet) über politische Fragen unmittelbar entscheiden. Im vorliegenden Text geht es

um Bürger_innenentscheide als ein meist formal verfasstes Verfahren direkter Demokratie. Wahlberechtigte können in direktdemokratischen Abstimmungen Gesetzesinitiativen einbringen, über Entscheidungen der Legislative oder einer Regierung abstimmen. Letzteres bietet, über die reine Mitgestaltung hinaus, Möglichkeiten des Widerspruchs (Abromeit 2003). Für die Analyse der politischen Effekte von Bürger_innenentscheiden beziehe ich mich auf partizipatorische Demokratietheorien. Ihnen liegt ein Begriff von Demokratie als politischer und gesellschaftlicher Gestaltungsraum zugrunde, an dem sich alle beteiligen. Partizipatorische Demokratietheorien fokussieren die Input-Seite des politischen Systems, d.h. wie politische Entscheidungen zustande kommen. Partizipation (Selbst- und Mitbestimmung) ist aus dieser Perspektive ein konstitutives Element von Demokratie. Ziele der Partizipation sind nicht die Systemstabilität und Legitimierung von Regierungspolitik. Stattdessen geht es in einem normativen Sinne um Partizipation am politischen Gemeinwesen per se, um eine emanzipatorische Transformation bestehender Verhältnisse mittels der Ausweitung der Beteiligung an kollektiven Entscheidungen. Eine notwendige Voraussetzung für Partizipation in diesem Sinne ist, Räume der politischen Beteiligung aktiv schaffen zu können (vgl. Pateman 1970; Vilmar 1973; Walk 2008).

Die Bedeutung direkter Demokratie für soziale Bewegungen und Protest wird innerhalb der Demokratie- und Bewegungsforschung kontrovers diskutiert (Abromeit 2003; Holland-Cunz 1998; Möckli 1994; Sauer 2009). Einige Autor_innen betonen, dass direktdemokratische Verfahren voraussetzungsvolle Prozesse seien, die von Bewegungsakteuren ein hohes Maß an Ressourcen und Zeit erfordern würden und aufgrund dessen die Beteiligung sozial selektiv sei. Vor allem den höher gebildeten und finanziell besser gestellten Teilen der Bevölkerung gelinge es, sich aktiv an der Initiierung und Abstimmung zu beteiligen. Darüber hinaus seien sie im Grunde „undemokratisch“, da sich verhältnismäßig wenig Wahlberechtigte an den Verfahren beteiligen würden, vereinfachten komplexe Sachverhalte und beförderten Populismus (Merkel 2011; Oppenhäuser 2013; Schmidt 2006). Andere betonen, mit Instrumenten direkter Demokratie würden bestehende Strukturen zwar nicht grundlegend umgestaltet, jedoch könnten einzelne Strukturelemente wirkungsvoll verändert werden (Möckli 1994). Direktdemokratische Verfahren böten insbesondere gesellschaftlich marginalisierten Gruppen partizipatorische Chancen, um Beteiligungsmöglichkeiten zu erweitern, Themen auf die politische Agenda zu setzen und Wertentscheidungen zu politisieren (z.B. Umwelt- oder Geschlechterfragen) (ebd., Holland-Cunz 1998). Entscheidend für die politische Wirkung sei nicht unbedingt die Abstimmung, sondern der Mobilisierungsprozess im Vorfeld einer Abstimmung. Bei diesem könnten neue Allianzen entstehen, politische Bewusstseinsbildungsprozesse stattfinden und sich ein öffentlicher Raum für Diskussionen öffnen, in dem soziale Bewegungen Forderungen

formulieren und Probleme thematisieren könnten, die ansonsten im „etablierten Politiksystem nicht aufgegriffen werden“ (Sauer 2002: 63). Als wichtige Voraussetzungen für diese möglichen Effekte der Mobilisierung von direktdemokratischen Verfahren werden der Zugang zu und Bündnisse mit politischen Akteuren in staatlichen Verwaltungen, Regierungen und Parteien eingestuft (ebd., vgl. Walter/Urکیدi 2015).

3 Bergbau-Boom und *consultas populares* in Lateinamerika

Seit Mitte der 2000er Jahre boomt der Bergbausektor in Lateinamerika. Zwischen 2009 und 2013 floss ein Drittel des globalen Kapitaleinsatzes für Bergbau in Länder der Region, vor allem nach Chile, Peru, Argentinien, Mexiko, Guatemala und Kolumbien (Acquatella 2013; Larsson 2014). Steigende Investitionen und die seit den 1990er Jahren in nahezu allen Ländern der Region durchgesetzten neoliberalen Reformen nationaler Bergbaugesetze förderten die räumliche Ausdehnung von Bergbauaktivitäten, vor allem in Gebiete, die bislang als „unproduktiv“ oder für profitable Kapitalverwertungen schwer erschließbar galten (vgl. Fundación Foro Nacional por Colombia/Brot für die Welt o.J.; Svampa/Antonelli 2009). Mit der räumlichen Ausdehnung haben auch Konflikte um Bergbau zugenommen. Vor allem industrielle Großminenprojekte sind in den vergangenen Jahren zum Gegenstand von Konflikten und Protestmobilisierungen geworden. Das zivilgesellschaftliche Beobachtungszentrum für Bergbaukonflikte *Observatorio de Conflictos Mineros de América Latina* (OCMAL) geht im November 2016 von mindestens 217 Konflikten³ um industrielle Minen aus (vgl. OCMAL 2015). Soziale Bewegungen setzen in diesen Konflikten vermehrt lokale Bürger_innenentscheide (*consultas*) als Proteststrategie ein.

Von 2002 bis Februar 2017 fanden in Peru, Argentinien, Guatemala, Kolumbien, Ecuador und El Salvador 91 direktdemokratische Entscheide gegen Bergbauprojekte statt. Mindestens zehn weitere sind in Vorbereitung, wovon zwei nicht von Gegner_innen, sondern Befürworter_innen industrieller Minenprojekte initiiert wurden (vgl. Walter/Urکیدi 2015; Anhang: Tab. 1). Die Wahlbeteiligung lag bei nahezu allen bisher durchgeführten Abstimmungen, für die die prozentuale Beteiligung bekannt ist, bei über 50 Prozent. Meistens beteiligten sich zwischen 60 und 80 Prozent der Wahlberechtigten an den Abstimmungen. In fast allen Fällen sprachen sich mehr als 90 Prozent der Wähler_innen gegen ein bestimmtes Vorhaben oder gegen industriellen Bergbau in ihrer Gemeinde im Allgemeinen und ohne direkten Projektbezug aus (vgl. Anhang: Tab. 1).

³ Die Mehrzahl dieser Konflikte lassen sich in Peru (39), Mexiko (37), Chile (36), Argentinien (26), Brasilien (20) und Kolumbien (14) beobachten (www.conflictosmineros.net, letzter Aufruf 18.11.2016).

3.1 Doppelte Transformation und direktdemokratische Verfahren

Protestakteure initiieren die Abstimmungen zu Bergbau häufig unter Bezugnahme auf soziale, politische und kulturelle Rechte, die ihnen im Rahmen der Umsetzung internationaler Rechtsnormen (z.B. ILO-Konvention 169 zum Schutz ethnischer Minderheiten) in nationales Recht sowie im Kontext der so genannten „doppelten Transformation“ formal gewährt wurden (vgl. Dueholm Rasch 2012; Haarstad 2012). Der Begriff „doppelte Transformation“ beschreibt den simultanen Prozess politischer Demokratisierung und neoliberaler Restrukturierung in den 1980er und 1990er Jahren in Lateinamerika. Parallel zum Übergang autokratischer Regime in repräsentative Demokratien und der Verabschiedung neuer Verfassungen erlebte die Region einen neoliberalen Strukturwandel mit der Folge wachsender Armut, Ungleichheit und Exklusion (Wolff 2012: 79). Die demokratischen Regime, die sich in dieser Phase etabliert haben, lassen sich bis heute mehrheitlich als *formale* Demokratien beschreiben. Das bedeutet, dass vor dem Hintergrund von Dezentralisierung, Gewaltenteilung und der Anerkennung staatsbürgerschaftlicher Rechte formale politisch-institutionelle Zugangsmöglichkeiten zu Entscheidungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen (lokal, regional, national) existieren. Faktisch verhindern jedoch historisch verankerte, rigide soziale Hierarchien von Klasse, *race* und Geschlecht sowie Elitenherrschaft und eine im Zuge des Rohstoffbooms wachsende Konzentration politischer Macht auf zentralstaatlicher Ebene, dass die Bevölkerungsmehrheit die formal verfassten Rechte in Anspruch nehmen kann (Alvarez et al. 2004: 41, vgl. Dietz 2017b; Vélez-Torres 2014). So sind trotz teilweise weitreichender gesetzlich verankerter Beteiligungs-, Minderheiten- und Selbstbestimmungsrechte weite Teile insbesondere der ländlichen Mehrheitsbevölkerung (Kleinbäuer_innen, afro-lateinamerikanische und indigene Gruppen) bis heute von der Inanspruchnahme politischer, kultureller und sozialer Rechte ausgeschlossen.

In der Phase der doppelten Transformation und den darauffolgenden Jahren wurden in einer Vielzahl lateinamerikanischer Staaten direktdemokratische Verfahren wie *consultas populares* (Volksentscheide) in nationale oder regionale Verfassungen, Partizipations- oder Gemeindegesetzgebungen aufgenommen (Welp 2008). Rückblickend zeigt sich, dass die Implementierung dieser Verfahren die Bandbreite der Strategien, die den sozialen Bewegungen zur Protestmobilisierung gegen Bergbau zur Verfügung stehen, erweitert hat.

3.2 Aufkommen und Verbreitung von *consultas* als Proteststrategie

Consultas zu Bergbauvorhaben werden von Bewegungsakteuren autonom, gemeinsam mit lokalen Regierungen oder von lokal oder regional Regierenden selbst initiiert. In einigen Ländern, wie auch in Kolumbien, sind die Ergebnisse der *consultas* bindend für die jeweils zuständige Regierungseinheit (lokale, regionale oder nationale Regierung) (Garcés Villamil/Rapalino Bautista 2015). Unabhängig von der auslösenden Instanz und der gesetzlichen Verfasstheit der Verfahren erkennen staatliche Verwaltungen (Bergbau- oder Umweltministerien), nationale Regierungen und die beteiligten Unternehmen die Ergebnisse der Abstimmungen häufig nicht an. Regierungen und Unternehmen argumentieren, dass Bergbau ein Sektor von nationalem Interesse sei, Bergbauvorhaben den nationalen Allgemeinwohlinteressen unterlägen und über Bodenschätze mithin die nationale Regierung und nicht die Bürger_innen einer Gemeinde oder Provinz oder die Mitglieder einer ethnischen Gemeinschaft zu entscheiden hätten. Demgegenüber betonen Verfassungs- und Verwaltungsgerichte in einer Reihe von Urteilen (u.a. in Guatemala und Kolumbien) die Rechtmäßigkeit und Verfassungskonformität der Verfahren, ohne damit automatisch eine Aussage über die Verbindlichkeit der Ergebnisse zu treffen.

Die erste lokale Volksabstimmung gegen Bergbau fand am 02. Juni 2002 in Tambogrande, Provinz Piura im Norden Perus statt. Knapp 94 Prozent der beteiligten Wähler_innen stimmten gegen Bergbauaktivitäten in ihrer Gemeinde. Die Regierung Perus erkannte die Abstimmung nicht an. Dennoch entzog das Bergbauministerium dem beteiligten Unternehmen – offiziell aufgrund von Verfahrensfehlern – Ende 2003 die Förderlizenzen (Walter/Urikidi 2015). Ein direkter Zusammenhang zwischen der *consulta* und der Aufhebung der Lizenz lässt sich nicht nachweisen.

In der Gemeinde Esquel (Provinz Chubut) im Süden Argentiniens organisierten sich Bürger_innen Ende 2002 in einem Anti-Bergbau-Nachbarschaftskomitee (*Asamblea de Vecinos Autoconvocados de Esquel por el No a la mina*, AVAE), nachdem Pläne eines US-amerikanischen Unternehmens bekannt geworden waren, in der Nähe der Stadt eine Goldmine zu eröffnen (Renauld 2016). Mit Verweis auf die Erfahrungen in Tambogrande (Walter/Urikidi 2015: 8) und die Provinzverfassung, in der direktdemokratische Verfahren verankert sind, forderte das Komitee eine lokale Volksabstimmung. Am 23. März 2003 stimmten 75 Prozent der Wahlberechtigten mit einer Mehrheit von 81 Prozent gegen das Bergbauprojekt. Kurz nach der Abstimmung verabschiedete die Provinzregierung ein Gesetz (Ley 5.001), das die Verwendung von Zyanid im offenen Tagebergbau in Chubut verbietet. Das Gesetz kommt einem Moratorium für industriellen Goldbergbau gleich (Renauld 2016: 526), denn für die Trennung des Goldes vom Gestein wird in industriellen Verfahren Zyanid verwendet. Seither ruht das Projekt, könnte aber aufgrund des Regierungswechsels in

Argentinien in 2015 und einer Pro-Bergbaupolitik der nationalen Regierung in Zukunft wieder aufgegriffen werden (Walter/Martinez-Alier 2010: 296).

Eine dritte *consulta* zu Bergbau fand im Juni 2005 in Sipakapa in Guatemala in Bezug auf die *Marlin Gold Mine* statt. Eine Allianz aus lokalen Protestgruppen, kirchlichen und internationalen Menschenrechtsorganisationen forderte den Bürgermeister der Gemeinde auf, eine Volksabstimmung zu initiieren. Die Allianz nahm dabei auf das Gemeindegesetz von 2002 Bezug, das kommunale Bürger_innenentscheide vorsieht. Eine zweite Referenz bot die ILO-Konvention 169, die eine vorherige Konsultation ethnischer Bevölkerungsgruppen bei Bergbauprojekten vorschreibt. Letztere hatte im Fall der *Marlin Mine* nicht stattgefunden. Am 18. Juni 2005 stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 45 Prozent 95,5 Prozent der Beteiligten gegen das Vorhaben. Das Verfassungsgericht von Guatemala erklärte die *consulta* im Jahr 2007 für zulässig, aber nicht rechtsverbindlich, da Bergbau eine Frage von nationaler Bedeutung sei. Die Abstimmung konnte die *Marlin Golde Mine* nicht verhindern, war für andere Bergbauproteste in Guatemala jedoch richtungsweisend: zwischen 2005 und 2016 fanden 70 weitere Abstimmungen zum Thema Bergbau statt (vgl. Urkidi 2011; Dueholm Rasch 2012; van de Sandt 2009, vgl. Anhang: Tab.1).

Die drei beschriebenen Fälle hatten für die Verbreitung der Strategie in den jeweiligen Ländern und darüber hinaus maßgebliche Bedeutung. Im Sinne von Sarah Soule (2013) lassen sich die Akteursallianzen von Tambogrande und Sipakapa sowie das Nachbarschaftskomitee von Esquel als *initiators* bzw. *early adopters* bezeichnen. Entscheidend für den Diffusionsprozess, d.h. die Verbreitung der Strategie waren im Fall der ersten *consultas* transnational agierende NGOs und Einzelakteure. Diese übermittelten die Strategie in andere Kontexte und agierten gleichzeitig als wichtige Verbündete lokaler Protestgruppen (Walter/Urkidi 2015). Gleichzeitig entstanden aus den ersten Erfahrungen mit Bürger_innenentscheiden neue Akteursnetzwerke, die Gelegenheiten für *consultas* in anderen Konflikten eröffneten. In Peru gründete sich infolge des Volksentscheids in Tambogrande ein landesweit agierendes Anti-Bergbau-Netzwerk, das *Red Muqui*⁴, in dem Erfahrungen in der Protestmobilisierung und der Organisierung von *consultas* ausgetauscht und verbreitet werden.

Die Ausweitung der Strategie und der Austausch über erfolgreich durchgeführte Abstimmungen haben in vielen Ländern Lateinamerikas die politischen Gelegenheiten für Protest gegen Bergbau verändert, nicht nur für Bergbaueegner_innen. Mittlerweile greifen auch Befürworter_innen und Unternehmen auf die Strategie zurück. Nach der Wahl von Mauricio Macri zum neuen Präsidenten Argentiniens im Herbst 2015 kündigte dessen

⁴ Vgl. <http://www.muqui.org/>[letzter Aufruf: 27.03.2017].

liberal-konservative Regierung 2016 einen nationalen Pakt für die Förderung des Bergbaus an. In diesem Rahmen prüft die Provinzregierung von Chubut derzeit die Durchführung einer regionalen *consulta* 2017 mit dem Ziel, das 2003 in der Provinz erlassene Gesetz zum Verbot von Zyanid aufzuheben und somit industriellen Bergbau wieder zu ermöglichen. In Ecuador, in den Kantonen Girón und San Fernando in der Provinz Azuay, mobilisiert eine Gruppe von Bergbaubefürworter_innen für eine *consulta*. Der Pro-Bergbau-Initiative ist eine Anti-Bergbau-Initiative vorausgegangen, welche mit einer Volksabstimmung das geplante Vorhaben verhindern möchte (Anhang: Tab. 1).

Im Folgenden analysiere ich anhand des Konfliktes um die Goldmine *La Colosa* in der Provinz Tolima in Kolumbien die politisch-institutionellen und gesellschaftlichen Bedingungen, welche lokale Bürger_innenentscheide als Strategie in Bergbauprotesten ermöglichen, und frage nach deren politischen Effekten.

4 Der Protest gegen das Goldminenprojekt *La Colosa* in Kolumbien

Seit Mitte der 2000er Jahre boomt Kolumbiens Bergbausektor. Während der Steinkohlebergbau seit Jahrzehnten industrialisiert ist und von transnationalen Unternehmen dominiert wird, existiert ein operierender industrieller Goldbergbau bislang nicht. Dies soll sich in den nächsten Jahren ändern. Das britisch-südafrikanische Unternehmen *AngloGold Ashanti* (AGA) bereitet aktuell den Förderbeginn in zwei industriellen Goldminen vor. Eine davon ist die Mine *La Colosa* in der Gemeinde Cajamarca, Provinz Tolima.

Im Jahr 2006 erhielt AGA Konzessionen zur Förderung von Gold in Cajamarca. Nach Angaben des Unternehmens liegen für eine Fläche von 15.220 ha Konzessionen vor. Mit geschätzten Goldreserven von über 30 Millionen Unzen würde *La Colosa* zu einer der größten Goldminen weltweit zählen (AngloGold Ashanti 2015). Die Erkundungsarbeiten sollen spätestens 2019 abgeschlossen sein. Anschließend will das Unternehmen beim nationalen Umweltministerium eine Umweltverträglichkeitsprüfung beantragen. Sollte diese positiv ausfallen und das Ministerium eine Umweltlizenz (*licencia ambiental*) ausstellen, sollen gemäß der Planungen des Unternehmens 2021/22 die Arbeiten zum Bau der Anlage und zwischen 2023 und 2025 die Goldförderung beginnen (Interview Mitarbeiter AGA, 31.10.2016).

Seit das Projekt in den Jahren 2007/2008 bekannt wurde, mobilisieren Anwohner_innen, NGOs, kleinbäuerliche Basisorganisationen, Jugend- und Studierendenorganisationen, lokale Politiker_innen, Unternehmer_innen, Stadtteilinitiativen, Kulturvereine, Umweltgruppen und Wissenschaftler_innen aus Cajamarca und den Nachbargemeinden

Ibagué und Piedras gegen das Projekt. Im Jahr 2011 schlossen sich die am Protest beteiligten Gruppen zum „Umweltkomitee zum Schutz des Lebens“ (*Comité Ambiental en Defensa de la Vida*) zusammen. Heute existieren in allen drei Gemeinden lokale Komitees, die auf Provinzebene in einem regionalen Verbund vernetzt sind. Die Gegner_innen des Bergbauprojektes befürchten die Verschmutzung des Wassers, die Verdrängung kleinbäuerlicher Produktionsweisen, die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen sowie einen Verlust politischer Einflussnahme auf lokale und regionale Entwicklungsprozesse (Interview Mitarbeiter einer Umwelt-NGO in Ibagué, 17.10.2016; Interview Vertreter_in einer kleinbäuerlichen Organisation aus Cajamarca, 19.10.2016). Sie verbinden die Forderung nach dem Stopp des Vorhabens mit der Forderung nach der demokratischen Bestimmung über die Aneignungen und Nutzungen von Gemeingütern und Bodenschätzen⁵ (Interview Mitglied Umweltkomitee Ibagué, 07.10.2016, Interview Bürgermeister Ibagué, 19.10.2016). Seit 2011 mobilisieren sie zu jährlichen überregionalen Protestmärschen – sogenannten *marchas carnavales* –, an denen in 2015 und 2016 mehr als 60.000 Menschen teilnahmen (ebd.). In einigen Fällen wurden darüber hinaus Straßenblockaden errichtet. Unter Bezugnahme auf die Verfassung von 1991 sowie politische Beteiligungs- und territoriale Selbstbestimmungsrechte, wie sie im Gemeinde- und Partizipationsgesetz von 1994 verfasst sind, mobilisieren die Protestakteure seit 2013 auch zur Durchführung lokaler Bürger_innenentscheide (*consultas populares*).

4.1 *Consultas*: rechtliche Grundlagen

Consultas populares sind in der kolumbianischen Verfassung von 1991 verankert. Ihre Anwendung ist im nationalen Partizipationsgesetz (Ley 134) von 1994 (Art. 50-57) geregelt. Darüber hinaus ermöglicht das Gemeindegesetz (Ley 136) von 1994 (Art. 33), das den Gemeinden eine weitreichende politische Autonomie gegenüber den Provinzen und der Nationalregierung einräumt, die Durchführung von Bürger_innenabstimmungen bei bestimmten, die Landnutzung betreffenden Entwicklungsprojekten (u.a. Bergbau). Bis Juli 2015 konnten nur Bürgermeister_innen lokale Volksentscheide initiieren. Mit einem neuen Gesetz vom Juli 2015 (Ley 1757) öffnete sich sozialen Bewegungen die Möglichkeit, *consultas* mittels Unterschriftenlisten auch ohne Unterstützung des_der Bürgermeister_in zu initiieren. Initiativen für Volksentscheide müssen stets den Gemeinderat passieren. Dieser entscheidet in einfacher Mehrheit, ob eine *consulta* in einem Gemeindegebiet organisiert werden soll. Lokale Volksabstimmungen sind formal gültig, wenn sich mindestens 33

⁵ Vgl. Website des Umweltkomitees: <https://comiteambiental.com> [letzter Aufruf: 16.01.2017].

Prozent der Wahlberechtigten beteiligen. Ihre Ergebnisse sind für lokale Regierungen bindend und müssen mittels einer Gemeindeverordnung umgesetzt werden.

4.2 *Consultas* als Proteststrategie: Erfahrungen aus drei Gemeinden

Die erste im Zusammenhang mit der *La Colosa*-Mine durchgeführte *consulta popular* fand am 28. Juli 2013 in Piedras statt. Dort sollte gemäß der Pläne von AGA ein Rückhaltebecken für die Entsorgung giftiger Abwässer entstehen. Ende 2012 begann das Unternehmen mit Bodenerkundung in Piedras. Eine wichtige ökonomische Grundlage der Gemeinde ist monokultureller Reisanbau im Großgrundbesitz. Angesichts der Bodenerkundungen befürchteten die Reisproduzent_innen ebenso wie die Kleinbäuer_innen die Ausweitung des Bergbaus. Diese interpretierten sie als Bedrohung für ihre ökonomischen Lebensgrundlagen (Interview Reisproduzent in Piedras, 04.09.2015). Infolgedessen blockierten Bewohner_innen eines der Dörfer der Gemeinde im Januar 2013 eine Brücke, welche die einzige Zufahrt zum Dorf und den Erkundungsflächen darstellt. Die Blockade dauerte mehrere Wochen und verhinderte, dass AGA Zugang zum Dorf erhielt (ebd.; Interview Mitarbeiterin NGO in Bogotá, 22.09.2015). Erst der Einsatz der nationalen „Aufstandsbekämpfungsbrigade“ (*Escuadrones Móviles Antidisturbios*, ESMAD) beendete die Brückenbesetzung. Im Schatten der Blockade organisierten sich die Anwohner_innen gemeinsam mit den zum Teil außerhalb von Piedras lebenden Reisproduzent_innen. Unterstützung erhielten sie von NGOs und den Umweltausschüssen aus Cajamarca und Ibagué sowie einer internationalen Menschenrechtsorganisation. Ein von der internationalen NGO eingeladenen Geologe berichtete über mögliche ökologische Folgen des industriellen Goldbergbaus. Internetvideos und Zeitschriftenartikel zu den *Consulta*-Prozessen in Peru und Argentinien gaben Hinweise zur Organisation von Bürger_innenentscheidungen. Öffentliche Diskussionsveranstaltungen mit Kongress- und Senatsabgeordneten aus Bogotá öffneten Räume für die Politisierung des Bergbauthemas auf regionaler Ebene (Interview Mitarbeiterin der internationale Menschenrechts-NGO, 11.09.2015; Interview Mitarbeiter Umwelt-NGO aus Cajamarca, 15.09.2015). Mithilfe einer in Bogotá ansässigen NGO, welche sie in Rechtsfragen beriet, begannen die Protestakteure in Piedras mit der Vorbereitung einer *consulta popular*, die vom Bürgermeister und schließlich auch vom Gemeinderat unterstützt wurde. Am 28. Juli 2013 beteiligten sich 58 Prozent der Wahlberechtigten an der Abstimmung. 98,8 Prozent stimmten gegen Bergbau. Obwohl die nationale Regierung und das Unternehmen die Abstimmung nicht anerkannten, reagierte AGA und änderte seine Projektpläne: Alle Bereiche der Goldförderung (Abbau,

Weiterverarbeitung und Entsorgung) sollen nun im Gemeindegebiet von Cajamarca angesiedelt werden.

Aufbauend auf diesem Erfolg entschieden sich die Umweltkomitees von Cajamarca und Ibagué 2014, *consultas* in ihren Gemeinden zu organisieren. In Ibagué, der Provinzhauptstadt Tolimas, scheiterte die erste Initiative an der fehlenden Unterstützung. In Cajamarca kam es im Februar 2015 zur Abstimmung im Gemeinderat. Von den elf Gemeinderatsmitgliedern stimmten zehn dagegen. Diese klare Ablehnung führen Mitglieder des lokalen Umweltkomitees darauf zurück, dass AGA im Dezember 2014 den Gemeinderatsmitgliedern per Brief androhte, sich bei einer Befürwortung der *consulta* aus allen laufenden lokalen Entwicklungsfinanzierungen zurückzuziehen (Interview Mitglied Umweltkomitee Cajamarca, 08.10.2016). Gleichzeitig wies die *procuraduría*, eine Art staatliche Verwaltungskontrollstelle, die Gemeinderatsmitglieder darauf hin, dass sie bei positivem Stimmverhalten mit einem Amtsmissbrauchsverfahren rechnen müssten, da sie für Bergbaufragen nicht zuständig seien (Arenas 2015).

Nach diesen gescheiterten Versuchen öffneten sich in beiden Gemeinden einige Monate später Gelegenheitsfenster für einen zweiten Anlauf. In Ibagué war dies die Wahl eines neuen Bürgermeisters im Herbst 2015, der die Proteste gegen Bergbau unterstützt. Bereits am 04. Januar 2016 kündigte er die Initiierung einer Volksabstimmung in Ibagué an. Am 29. Februar 2016 stimmte der Gemeinderat mit zehn zu neun Stimmen für eine *consulta*. Ende Mai 2016, nachdem das regionale Verwaltungsgericht die Frage, die der Bevölkerung der knapp 600.000 Einwohner_innen zählenden Stadt zur Abstimmung vorgelegt werden sollte, für verfassungskonform erklärt hatte, legte der Bürgermeister den Abstimmungstermin für den 30. Oktober 2016 fest. Knapp zwei Wochen vorher und in der Hochphase der Mobilisierung ordnete das oberste Verwaltungsgericht in Bogotá die Aussetzung der *consulta* an. Bei dem Gericht waren mehrere Klagen von Mitgliedern einer Vereinigung von Minenarbeiter_innen aus Tolima eingegangen, die gegen die Verletzung ihres Grundrechts auf Arbeit klagten. Mitte Dezember 2016 entschied das Gericht, dass die *consulta* von Ibagué durchgeführt werden könne, allerdings mit der Auflage, die zur Abstimmung gestellte Frage neu zu formulieren. Der Entscheidung des Verwaltungsgerichts war im Oktober 2016 ein Urteil des nationalen Verfassungsgerichts vorausgegangen (T-445/16)⁶. In diesem urteilten die Richter_innen in einer Grundsatzentscheidung, dass lokale und regionale Regierungen (Gemeinden, Provinzen) qua Verfassung dazu ermächtigt seien, Bürger_innenbefragungen zu Bergbau durchzuführen, auch wenn dies zu einem Verbot von Bergbau in einer Gemeinde führen könnte. Wichtig sei, dass die zur Abstimmung gestellte Frage die Wähler_innen nicht manipulierte. Für Ibagué kündigte der Bürgermeister im März

⁶ Vgl. <http://www.corteconstitucional.gov.co/relatoria/2016/t-445-16.htm> [letzter Aufruf: 22.03.2017].

2017 an, dem Gemeinderat eine neue Frage zur Abstimmung vorzulegen⁷. Wann es zur Abstimmung kommt, ist derzeit unklar.

In Cajamarca, der Gemeinde, in der sich das Minenprojekt befindet, eröffnete sich mit der Verabschiedung des Gesetzes 1757 im Juli 2015 zur Regelung von Volksentscheiden, die von sozialen Bewegungen initiiert werden können, ein neues Gelegenheitsfenster. Für die Initiierung eines Volksentscheids mittels Unterschriftensammlung müssen mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten die Initiative unterstützen. Für Cajamarca bedeutete dies, dass die Mitglieder des *Comité Ambiental* innerhalb von sechs Monaten 1.608 gültige Unterschriften sammeln mussten. Binnen zwei Wochen hatten sie im Februar 2016 über 4.800 Unterschriften erhalten, 3.364 davon wurden als gültig vom Wahlamt anerkannt (Interview Mitglied Umweltkomitee Cajamarca, 08.10.2016). Aufgrund dieser Initiative musste der Bürgermeister dem Gemeinderat im Mai die Initiative zur Abstimmung vorlegen. Ende August 2016 stimmte dieser mit acht zu drei Stimmen für die Durchführung einer *consulta*. Nachdem auch im Fall von Cajamarca das regionale Verwaltungsgericht die für die Abstimmung vorgesehene Frage für verfassungskonform erklärt hatte, legte der Bürgermeister, der das Minenvorhaben unterstützt, einen ersten Termin für Ende November 2016 fest. Dieser musste auf Druck des Wahlamtes und der Protestakteure wegen fehlender Vorbereitungszeit auf den 22. Januar 2017 verschoben werden. Allerdings setzte das oberste Verwaltungsgericht auch diesen Bürger_innenentscheid aufgrund von Klagen des Unternehmens aus. Ähnlich wie im Fall von Ibagué entschied das Gericht im Januar 2017, dass auch die *consulta* von Cajamarca durchgeführt werden könne, allerdings mit einer veränderten Fragestellung. Der erneut kurzfristig festgelegte Termin für die Abstimmung war der 26. März 2017. Obgleich Gegner_innen der Abstimmung zum Wahlboykott aufriefen, lag die Wahlbeteiligung mit 38,6 Prozent über dem zu erreichenden Quorum (33 Prozent). Die *consulta* ist damit gültig. 97,92 Prozent der Beteiligten sprachen sich gegen Bergbauprojekte in Cajamarca aus⁸.

⁷ Vgl. <http://www.elnuevodia.com.co/nuevodia/tolima/ibague/313781-alcaldia-de-ibague-formulara-nueva-pregunta-para-consulta-popular-minera> [letzter Aufruf: 22.03.2017].

⁸ Vgl. https://wsp.registraduria.gov.co/atipicas/_BOLETINES/Boletin_CP_10_29022.pdf [letzter Aufruf 27.03.2017].

5 Direkte Demokratie in Protesten gegen Bergbau: Bedingungen und politische Effekte

Welche Bedingungen ermöglichen im Fall von *La Colosa* den Einsatz direktdemokratischer Verfahren als Strategie des Protests? Und welche politischen Effekte gehen von ihnen aus? Ausgehend von diesen Fragen analysiere ich im Folgenden die Ereignisse, Erfahrungen und Effekte der *consulta*-Mobilisierung im Fall *La Colosa*.

5.1 Politische Gelegenheiten und Diffusion

Hinsichtlich der Frage nach den Bedingungen, Prozessen und Faktoren, die den Einsatz von direktdemokratischen Verfahren in Protesten gegen *mega-mines* begünstigen, zeigen die Ereignisse und Erfahrungen aus Tolima *erstens*, dass ein Wandel langfristiger, mehr oder weniger stabiler politisch-institutioneller Strukturen das Handeln sozialer Akteure beeinflusst. In Piedras, Ibagué und Cajamarca beziehen sich die Protestakteure auf die in der Verfassung von 1991 sowie im Partizipations- und Gemeindegesetz von 1994 verfassten Beteiligungsrechte und -instrumente, wenn sie für eine *consulta* mobilisieren: „Wir haben die *consulta* auf Grundlage der Souveränität des kolumbianischen Volkes initiiert, der Macht, die nur das Volk besitzt“, so ein Mitglied des Gemeinderates von Piedras in einer Gruppendiskussion (Piedras, 04.09.2015). Ein anderer Unterstützer aus Piedras erklärte in einem Interview, dass laut Gesetz 136 eine Bürger_innenbefragung bei Bergbauprojekten erfolgen muss: „Das steht im Gesetz. Der Staat ignoriert seine eigenen Gesetze. Was wir gemacht haben ist, die Gesetze so, wie sie sind, anzuwenden“ (Interview, Piedras 04.09.2015). Die Mobilisierungen der *consultas* sind in allen drei Gemeinden von sozialen Akteuren initiierte *bottom-up*-Prozesse, die in unterschiedlichem Maße von gewählten Vertreter_innen (Bürgermeister, Gemeinderäte, Parlamentsabgeordnete) auf lokaler und nationaler Ebene unterstützt werden. Allerdings schaffen erst die in den 1990er Jahren konstitutionell verankerten politischen Rechte und gesetzlich etablierten direktdemokratischen Instrumente die notwendige politische Legitimation für diesen *bottom-up*-Prozess. Volksabstimmungen lassen sich als ‚friedliche‘, gesetzlich verankerte Strategien der Beteiligung politisch und gesellschaftlich gut legitimieren. Die Räume zur Umsetzung einer *consulta* sind jedoch nicht a priori gegeben, auch wenn das Instrument gesetzlich verankert ist.

Die Erfahrungen der Protestmobilisierungen gegen die *La Colosa*-Mine bestätigen *zweitens*, dass es kurzfristige Veränderungen sind, welche die Gelegenheiten für die Mobilisierung von *consultas* eröffnen. Im Fall von Ibagué war dies der lokale Regierungswechsel, im Fall

von Cajamarca die Verabschiedung eines neuen Gesetzes zur Initiierung von Bürger_innenentscheiden per Unterschriftenlisten.

Jedoch öffnen sich Gelegenheitsfenster nicht ausschließlich *top-down*. So zeigt sich *drittens*, dass die Protestakteure durch ihr Handeln selbst Gelegenheitsstrukturen schaffen, welche die Realisierung lokaler Volksabstimmungen begünstigen: Die Initiierung der *consulta* in Piedras wurde erst infolge von zum Teil gewaltsamen Konfrontationen zwischen Protest- und Sicherheitskräften bei einer Straßenblockade möglich. Der neue Bürgermeister von Ibagué leitete den *consulta*-Prozess im Januar 2016 unter anderem deshalb so schnell nach seinem Amtsantritt ein, weil er sich gegenüber des lokalen Umweltkomitees dazu im Rahmen seiner Wahlkampagne verpflichtet hatte (Interview Mitglied Umweltkomitee Ibagué, 07.10.2016).

Viertens stellen Allianzen und einflussreiche Verbündete eine wichtige Gelegenheitsstruktur dar, welche die Initiierung von Volksabstimmungen ermöglicht. Das Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und formalpolitischen Akteuren, insbesondere lokalen Regierungen, ist hierfür wesentlich (Walter/Urikidi 2015:12; Dietz 2017a). Volksabstimmungen bedürfen in vielen Ländern der formalen Zustimmung der Gemeinderäte. Initiiert werden können sie darüber hinaus häufig nur von lokal Regierenden (z.B. Bürgermeister_innen, Provinzgouverneur_innen). Allianzen mit lokalen Regierungen, Gemeinderäten und Parlamentarier_innen stellen deshalb eine entscheidende Bedingung dar, die es Protestakteuren ermöglicht, ihre Forderungen mittels einer Volksabstimmung durchzusetzen. Dabei bilden sich diese Allianzen nicht ausschließlich *bottom up* oder nur auf einer Maßstabsebene. In Kolumbien ist das Verfassungsgericht in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Verbündeten sozialer Bewegungen geworden – nicht nur in Bergbaufragen (vgl. Grajales 2015 in Bezug auf *land grabbing*). Das Beispiel Ibagué zeigt jedoch auch, dass Allianzen, einflussreiche Verbündete, Regierungswechsel und grundsätzlich förderliche Gerichtsurteile nicht immer ausreichen, um sich gegen machtvolle Gegner_innen durchzusetzen. Je länger sich der Prozess der Mobilisierung hinzieht und je häufiger es den Gegener_innen einer *consulta* gelingt, die Abstimmung zu verzögern und die Medienberichterstattung zu beeinflussen, desto mehr beeinflussen die realen Machtverhältnisse zwischen nationaler und lokaler Regierung, Unternehmen und sozialen Bewegungen, ob es zur Abstimmung kommt oder nicht.

Fünftens zeigen die Erfahrungen, dass die grenzübergreifende Diffusion von *consultas* einen wichtigen Moment in der Phase der Strategiesuche der sozialen Bewegungen darstellt. Dabei spielen direkte und indirekte Mechanismen der Verbreitung eine Rolle. Die Protestakteure in Piedras entschieden sich für die Mobilisierung zu einer Volksabstimmung, nachdem eine internationale Menschenrechtsorganisation sie auf Videos und

Zeitschriftenartikel über die *consultas* in Esquel und Tambogrande aufmerksam gemacht hatte (Interview Vertreter einer Umwelt-NGO aus Cajamarca, 15.03.2017). Insbesondere Videodokumentationen, die über soziale Medien schnell Verbreitung finden, sind für die Diffusion von *consultas* als Proteststrategie von zentraler Bedeutung (vgl. Walter/Urikidi 2015). Entscheidend ist darüber hinaus, welche Erfolgchancen Protestakteure einer Strategie zuweisen. Die Akteure in Ibagué und Cajamarca entschieden sich erst, für eine *consulta* zu mobilisieren, nachdem eine solche in Piedras erfolgreich stattgefunden und zu einer Anpassung der Projektpläne von AGA geführt hatte. Die teilweise persönlichen Verbindungen zwischen den Akteuren in den Nachbargemeinden und die Beobachtung, dass sich mittels einer *consulta* die Verläufe von Bergbauprojekten im Sinne der eigenen Forderungen beeinflussen lassen, waren entscheidend für die Verbreitung der Strategie.

5.2 Politische Effekte

Welche Bedeutung haben direktdemokratische Verfahren für soziale Bewegungen? Wo liegen ihre Potenziale und Grenzen hinsichtlich der Öffnung von partizipatorischen Räumen und öffentlichen Debatten um Bergbau? In Bezug auf diese Fragen belegen die Erfahrungen aus den drei Gemeinden Tolimas, dass Instrumente direkter Demokratie ein hohes Mobilisierungspotential besitzen. Mit ihrer Initiierung gelingt es, einen formal verfassten Raum der direkten Beteiligung zu öffnen, politisches Problembewusstsein zu fördern und neue öffentliche Räume zu schaffen, in denen Gegner_innen Bergbaupolitik problematisieren und Forderungen öffentlich formulieren können. Infolge der gerichtlichen Aussetzung der *consultas* in Cajamarca und Ibagué organisierten die Umweltkomitees beider Gemeinden zwischen Oktober und Dezember 2016 öffentliche Diskussionsveranstaltungen und Protestmärsche, um ihr Recht auf eine Abstimmung einzufordern (El Salmón 2016). Die lokale Regierung in Ibagué organisierte Anfang November 2016 eine öffentliche Anhörung im Gemeindeparlament zu Fragen des Bergbaus und der *consulta* (Elolfato 2016). Mobilisierungseffekte zeigen sich auch dann, wenn die jeweiligen Bergbauvorhaben nicht aufgehoben werden oder die Abstimmung immer wieder ausgesetzt wird. In Ibagué ist es dem lokalen Umweltkomitee mit einer breiten Mobilisierung in Stadtteilorganisationen, Schulen, kirchlichen Gruppen, Eltern-, Kultur- und Sportvereinen gelungen, ein politisches Bewusstsein für das Bergbauthema in der Gemeinde zu schaffen, obwohl es bisher noch zu keiner Abstimmung kam. Ähnliche Effekte lassen sich in Cajamarca beobachten, wo es in kürzester Zeit im Rahmen der Unterschriftensammlung gelang, trotz einer starken Polarisierung der Bevölkerung zwischen Gegner_innen und Befürworter_innen des Projektes *La Colosa* eine breite Unterstützung für

eine lokale Abstimmung zu Bergbau in der Bevölkerung zu mobilisieren. Diese Beobachtungen bestätigen die Einschätzung von Birgit Sauer (2002), dass für die politische Wirkung nicht unbedingt die Abstimmung selbst, sondern der Mobilisierungsprozess im Vorfeld einer Abstimmung entscheidend ist. Ein Mitglied des Umweltkomitees in Cajamarca fasst die Bedeutung der *consulta* für die Protestakteure in der Gemeinde folgendermaßen zusammen:

„Die *consulta* ist ein Instrument. Die Abstimmung ist nur ein Moment, sie ist nicht der Anfang und auch nicht das Ende der Welt. Das Wichtige ist, dass die Leute sich beteiligen können [...], sich den Prozess aneignen und sich mit ihm identifizieren. Die Leute lassen sich von einer Sache überzeugen, wenn sie das Gefühl haben, Teil von ihr zu sein.“ (Interview Cajamarca, 08.10.2016).

Direktdemokratische Verfahren besitzen ein nicht zu unterschätzendes partizipatorisches Potenzial, und sie ermutigen auch marginalisierte Gruppen zur Teilnahme. In Piedras waren es Dorfbewohner_innen, Landarbeiter_innen und Kleinbäuer_innen, die zunächst die Brücke blockierten und anschließend in Allianz mit den ressourcenstärkeren Reisproduzent_innen die *consulta* in Piedras auf den Weg brachten. In Cajamarca sind es Kleinbäuer_innen, die im Umweltkomitee gemeinsam mit Mitgliedern von Jugendorganisationen und unterstützt vom Umweltkomitee aus Ibagué und vielen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen aus dem gesamten Land für die *consulta* mobilisieren. Direktdemokratische Verfahren sind nicht per se sozial selektiv. Die Beispiele aus Tolima zeigen, dass es gelingen kann, Frauen und Männer klassenübergreifend zu gemeinsamer politischer Aktivität zu ermutigen. Die Analyse des *La Colosa*-Konfliktes verdeutlicht allerdings auch, dass lokale Volksabstimmungen zu Bergbau voraussetzungsvolle Prozesse sind, die einen langen Atem, umfassende materielle und nicht-materielle Ressourcen, Institutionenwissen und juristisches Know-how benötigen. Sie werden nicht *ad hoc* vorbereitet und durchgeführt. Meist geht ihnen ein längerer Prozess lokaler Organisation, ebenenübergreifender Allianzbildung und nicht-institutionalisierten kollektiven Handelns voraus, in dem unterschiedliche Strategien wie Lobbying, Demonstrationen oder Blockaden zum Einsatz kommen.

Ob sich AngloGold Ashanti nach dem ablehnenden Volksentscheid in Cajamarca aus dem Projekt *La Colosa* zurückziehen wird, lässt sich noch nicht vorhersagen. Die Versuche der Regierung und des Unternehmens, die Abstimmungen in Cajamarca und Ibagué mit allen Mitteln zu verhindern, deuten darauf hin, dass sie die strukturellen und politischen Effekte selbst nicht einschätzen können. Deutlich wird bereits jetzt, dass sich mit lokalen Volksabstimmungen das Konfliktfeld Bergbau verändert. Denn bezogen auf Bergbauvorhaben, über deren Realisierung bisher auf nationaler und nicht auf lokaler Ebene

entschieden wird bzw. wurde, lassen sich lokale Volksabstimmungen als Vetoinstrument gegen staatliche Bergbaupolitik verstehen. Für das Ministerium für Bergbau und Energie sind *consultas* deshalb ein Dorn im Auge (Interview Mitarbeiterin des Ministeriums, 21.03.2017). Lokale Bürger_innenentscheide zu Bergbau haben das Potenzial, die Definitions- und Handlungsmacht nationalstaatlicher Institutionen zu beschränken. Vor diesem Hintergrund sind direktdemokratische Verfahren zu einem eigenen Konfliktgegenstand zwischen lokalen Regierungen und sozialen Bewegungen auf der einen und der nationalen, teilweise auch lokalen Regierung und Unternehmen auf der anderen Seite geworden. Gewählte Gemeinderatsmitglieder, die *consultas* unterstützen, werden von staatlichen Behörden oder Parteimitgliedern unter Druck gesetzt. Initiator_innen von *consultas* werden kriminalisiert, bedroht und von Befürworter_innen des Bergbaus öffentlich stigmatisiert. Im Vorfeld der *consulta* von Cajamarca wurden die Mitglieder des lokalen Umweltkomitees als den Guerillaorganisationen nahe stehende „linke“ Lügner_innen öffentlich diffamiert. Mit diesen Strategien versuchen Befürworter_innen des Bergbaus die Gesellschaft in politische Lager zu spalten und die Bergbauthematik zu ideologisieren und mithin aus der Sphäre öffentlicher Debatten und Auseinandersetzungen zu verdrängen.

Gestritten wird nicht mehr nur um eine bestimmte Form und Praxis der Naturaneignung, sondern darüber hinaus um Fragen demokratischer Mitbestimmung, um politische Zugehörigkeit sowie um das Verhältnis zwischen lokaler und nationaler Regierung. Vor diesem Hintergrund stellen lokale Volksabstimmungen – unabhängig davon, ob sie formal anerkannt werden oder ob mit ihnen Projekte gestoppt werden – eine wirksame Strategie zur Politisierung und Mobilisierung im Bereich Bergbau dar.

6 Fazit

Die Analyse der Mobilisierung von *consultas* im *La Colosa*-Konflikt hat gezeigt, dass der Einsatz direktdemokratischer Verfahren in Anti-Bergbauprotesten durch das Zusammenspiel aus langfristigen politisch-institutionellen Wandelprozessen, kurzfristigen Veränderungen struktureller Kontextbedingungen sowie unterschiedlichen Mechanismen der Verbreitung ermöglicht wird. Mit der formalen Ausweitung politischer Rechte und der gesetzlichen Einführung direktdemokratischer Verfahren in der Phase der doppelten Transformation und danach haben sich in vielen lateinamerikanischen Ländern politisch-institutionelle Rahmenbedingungen herausgebildet, auf die sich soziale Bewegungen heute beziehen. Für die Wahl von Bürger_innenentscheiden als Proteststrategie ist jedoch nicht die formale Verfasstheit von Beteiligungsrechten und -verfahren zentral, sondern deren faktische Nicht-

Anerkennung. Der Einsatz eines institutionalisierten Beteiligungsverfahrens bietet den Protestakteuren die Möglichkeit, ihre Forderungen nach einem Stopp eines Bergbauprojektes mit der Sichtbarmachung von Demokratiedefiziten zu verknüpfen. Hiermit gelingt es, den Protest politisch zu legitimieren.

Ob es zu einer Mobilisierung mit anschließender Abstimmung kommt, ist abhängig von Gelegenheitsfenstern, die sich aufgrund von kurzfristigen Veränderungen des politisch-institutionellen Kontexts ergeben. Gelegenheitsfenster eröffnen sich durch externe Prozesse (lokale Wahlen, neue Gesetze, etc.) oder werden von den Bewegungsakteuren selbst geschaffen, etwa durch die Bildung von neuen Allianzen, gezielte Lobbyarbeit sowie der Anwendung nicht-institutionalisierter Formen kollektiven Handelns (Demonstrationen, Blockaden). Gelegenheitsfenster schließen sich aber auch wieder, etwa wenn sich infolge einer Zunahme von Repression oder der Verlagerung des Konfliktgegenstandes auf eine andere Maßstabsebene oder in eine andere Entscheidungssphäre die politisch-institutionellen Kontextbedingungen ändern. Mächtigen Befürworter_innen von Bergbauprojekten (Unternehmen, nationalen und lokalen Regierungen) gelingt es immer wieder, durch Kriminalisierung, Delegitimierung, Repression und Entpolitisierung qua Verrechtlichung die Durchführung von *consultas* erfolgreich zu verzögern oder zu verhindern. Letzteres manifestiert sich in einer zunehmenden Verlagerung eines politischen Gegenstandes (Bergbau, direkte Demokratie) in die Sphäre des Rechts (vgl. Hirschl 2009). Ob eine Protestbewegung sich für die Mobilisierung einer *consulta* entscheidet, ist schließlich auch abhängig von vorausgegangenen Erfahrungen, deren Verbreitung sowie dem Erfolg oder Misserfolg der „*innovators*“. Mit institutionalisierten Verfahren direkter Demokratie lassen sich bestehende Strukturen und Machtverhältnisse nicht grundlegend umgestalten und Bergbauprojekte nicht automatisch verhindern. Allerdings zeigen die Erfahrungen aus Tolima, dass einzelne Strukturelemente wie das Verhältnis zwischen nationaler und lokaler Regierung oder die Frage der politischen Beteiligung in bergbaupolitischen Entscheidungen durchaus verändert oder zumindest auf die politische Agenda gesetzt werden können. Mit der Initiierung von Bürger_innenentscheiden schaffen soziale Bewegungen in Allianz mit formalpolitischen Akteuren einen Raum der politischen Beteiligung, der von deutlich mehr Menschen zur Artikulation eigener Interessen genutzt werden kann, als es repräsentative Demokratiemodelle erlauben. Dennoch handelt es sich bei *consultas* nicht per se um einen „Modus emanzipatorischer Partizipation“ (Wagner 2011: 132), der ausschließlich von sozialen Bewegungen angeeignet und zur Durchsetzung ihrer Forderungen genutzt wird. *Consultas* werden auch von den Antagonist_innen der Bewegungen für die Durchsetzung ihrer Interessen genutzt, wie die Beispiele aus Argentinien und Ecuador belegen (vgl. Anhang: Tab.1). Inwiefern Instrumente direkter

Demokratie und die damit verbundene Ausweitung der Beteiligung an kollektiven Entscheidungen emanzipatorische Veränderungsprozesse auslösen können, ist eine empirische und vom jeweiligen Kontext abhängige Frage. Beeinflussende Faktoren sind der Mobilisierungsprozess, die initiiierende Instanz und die Öffentlichkeitswirksamkeit der Kampagne. Sie können unter einer partizipationstheoretischen Perspektive dann politisch wirkungsvoll werden, wenn sie ‚von unten‘ initiiert und in Kooperation mit staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren organisiert werden, deren politischen Werte im Einklang mit jenen der Bewegungsakteure sind und die sich für eine Transformation bestehender, zerstörerischer Formen der Naturaneignung einsetzen.

Die im vorliegenden Papier vorgenommene Verknüpfung von Debatten aus dem Feld der Bewegungsforschung mit Überlegungen zu direkter Demokratie hat sich als vielversprechend erwiesen. Bisher werden die Diskussionen um direkte Demokratie im Feld der Bewegungsforschung kaum zur Kenntnis genommen. Umgekehrt richtet sich die Debatte um direkte Demokratie mehrheitlich auf die Frage, inwiefern mit formal verfassten Verfahren der direkten Beteiligung Demokratiedefizite repräsentativer, d.h. indirekter Beteiligungsverfahren ausgeglichen werden können. Eine Verbindung beider Debatten bietet einerseits die Möglichkeit, institutionalisierte Verfahren direkter Demokratie als eine Form kollektiven Handelns zur Durchsetzung politischer Forderungen, zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und zur Ausübung von politischem Druck auf herrschende Akteure zu analysieren. Andererseits ermöglicht eine demokratietheoretisch verfasste Analyse von Protesten gegen Bergbau, deren gesellschaftspolitischen Effekte stärker in den Blick zu nehmen.

Literatur

- Abromeit, Heidrun (2003): Nutzen und Risiken direktdemokratischer Instrumente, in: Offe, Claus (Hg.): *Demokratisierung der Demokratie*, Frankfurt/NewYork: Campus Verlag, 95-110.
- Acquatella, Jean (2013): Latin America Mining Sector: Review in Current Trends and Prospects. UNECE -IAEA UNFC Workshop, 9-13 July 2013. Santiago de Chile.
- Alvarez, Sonia/Dagnino, Evelina/Escobar, Arturo (2004): Kultur und Politik in sozialen Bewegungen Lateinamerikas. In: Kaltmeier, Olaf et al. (Hg.): *Neoliberalismus - Autonomie - Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 29-58.
- AngloGold Ashanti (2015): La Colosa, una oportunidad de oro para el Tolima, URL: http://www.anglogoldashanti.com.co/saladeprensa/Presentaciones/presentacion_lacolosa_2015.pdf, letzter Zugriff: 29 November 2015.
- Arenas, Natalia (2015): Hoy: el día D del oro, URL: <http://lasillavacia.com/historia/hoy-el-dia-d-del-oro-49576>, letzter Zugriff: 28. September 2015.
- Bebbington, Anthony/Bury, Jeffrey (2013): *Subterranean Struggles. New Dynamics of Mining, Oil, and Gas in Latin America*, Austin: University of Texas Press.
- Dietz, Kristina (2017a): Politics of Scale and Struggles over Mining in Colombia, in: Engels, Bettina/Dietz, Kristina (eds.): *Contested Extractivism, Society and the State: Struggles over Mining and Land*, London: palgrave macmillan, 127-148.
- Dietz, Kristina (2017b): Räumliche Dynamiken rohstoffbasierter Entwicklung, in: Burchardt, Hans-Jürgen et al. (Hg.): *Entwicklungstheorie von heute - Entwicklungspolitik von morgen*, Baden-Baden: Nomos, 205-222.
- Dietz, Kristina/Engels, Bettina (2016): Umkämpfter Rohstoffboom: Akteure und Strategien in Konflikten um Bergbau in Subsahara-Afrika und Lateinamerika, in: Fischer, Karin et al. (Hg.): *Umkämpfte Rohstoffe. Aktuelle Entwicklungen im historischen Kontext*, Wien: new academic press, 220-234.
- Dueholm Rasch, Elisabet (2012): Transformations in Citizenship : Local Resistance against Mining Projects in Huehuetenango (Guatemala), in: *Journal of Developing Societies*, 28(2), 159–184.
- El Salmón (2016): ¿Un alcalde para Anglo Gold?, URL: <http://www.elsalmon.co>, letzter Aufruf: 16.12.2016.
- Elolfato (2016): AngloGold contrata testaferrros para oponerse a consulta minera: Jaramillo, URL: <http://www.elolfato.com/anglogold-contrata-testaferrros-para-oponerse-a-consulta-minera-jaramillo/>, letzter Aufruf: 05.03.2017.
- Engels, Bettina (2016): Mining conflicts in sub-Saharan Africa: Actors and repertoires of contention, GLOCON Working Paper Series, No. 2, Nov 2016, Berlin: Freie Universität Berlin.
- Fundación Foro Nacional por Colombia/Brot für die Welt (o.J.): *Die Bergbaugesetzgebung in Ländern Lateinamerikas. Ein Seminarbericht über NGO-Erfahrungen aus Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Ecuador, Mexiko und Peru, Regionaler Bericht.*

- Garcés Villamil, Miguel Ángel/Rapalino Bautista, William Gabriel (2015): La Consulta Popular como mecanismo de participación ciudadana para evitar actividades mineras, in: *Justicia Juris*, 11(1), 52-62.
- Givan, Rebecca Kolins/Roberts, Kenneth M./Soule, Sarah A. (2010): Introduction: The dimensions of diffusion, in: Givan, Rebecca Kolins et al. (Hg.): *The Diffusion of Social Movements: Actors, Mechanisms, and Political Effects*, New York: Cambridge University Press, 1-15.
- Grajales, Jacobo (2015): Land grabbing, legal contention and institutional change in Colombia, in: *The Journal of Peasant Studies*, 42(3-4), 541-560.
- Haarstad, Håvard (2012): Extracting Justice? Critical Themes and Challenges in Latin American Natural Resource Governance, in: Haarstad, Håvard (Hg.): *New Political Spaces in Latin American Natural Resource Management*, New York: Palgrave Mcmillan, 1-16.
- Hirschl, Ran (2009): The Judicialization of Politics, in: *Oxford Handbooks Online*, 1-26.
- Hoetmer, Raphael (2010): «Esta democracia, ya no es democracia...» Reflexiones a propósito de la consulta vecinal sobre la minería en la frontera norte del Perú, in: *YUYAYKUSUN*, 3, 183-208.
- Holland-Cunz, Barbara (1998): *Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt*, Opladen: Barbara-Budrich.
- ICMM (2014): *The role of mining in national economies (2nd edition). Mining's contribution to sustainable development*, London: International Council on Mining & Metals.
- Larsson, Viktoriya (2014): E&MJ's Annual Survey of Global Metal-mining Investment, URL: http://www.e-mj.com/features/3674-e-mj-s-annual-survey-of-global-metal-mining-investment.html#.VIV427_1LCt, letzter Aufruf: 25.11.2015.
- Merkel, Wolfgang (2011): Volksabstimmung: Illusion und Realität, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 44-45, 47-55.
- Meyer, David S. (2004): Protest and Political Opportunities, in: *Annual Review of Sociology*, 30, 125-45.
- Möckli, Silvano (1994): *Direkte Demokratie. Ein Vergleich der Einrichtungen in der Schweiz und Kalifornien unter Berücksichtigung von Frankreich, Italien, Dänemark, Irland, Österreich, Liechtenstein und Australien*, Bern, Stuttgart, Wien: Haupt.
- OCMAL (2015): *Conflictos Mineros en América Latina. Extracción, Saqueo y Agresión. Estado de Situación en 2014*.
- Oppenhäuser, Holger (2013): Demokratische Querfronten? Der neue Rechtspopulismus und die Ambivalenzen der direkten Demokratie, in: *PROKLA, Heft 171*, 43(2), 277-295.
- Özkaynak, Begüm/Rodríguez-Labajos, Beatriz (2012): Mining conflicts around the world. Common grounds from an Environmental Justice perspective: EJOLT Report No. 07, URL: <http://www.ejolt.org/wordpress/wp-content/uploads/2012/11/Mining-Report-low.pdf>, letzter Zugriff: 17 November 2016.
- Pateman, Carol (1970): *Participation and Democratic Theory*, Cambridge: University Press.

- Renauld, Martin (2016): The Esquel effect: political opportunity structure and adaptation mechanisms in anti-mining mobilisation in Argentine Patagonia, in: *Canadian Journal of Development Studies / Revue canadienne d'études du développement*, 37(4), 524-540.
- Sauer, Birgit (2002): Demokratie und Geschlecht. Institutionelle Verhältnisse und Verhinderungen, in: Meyer, Thomas/Weil, Reinhard (Hg.): *Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation*, Bonn: J.H.W. Dietz, 116-138.
- Sauer, Birgit (2009): Direkte Demokratie und feministische Demokratietheorien. Schnittstellen und Problemzonen, in: Heußner, Hermann K./Jung, Otmar (Hg.): *Mehr direkte Demokratie wagen. Volksentscheid und Bürgerentscheid: Geschichte, Praxis, Vorschläge*, München: Olzog, 55-67.
- Schmidt, Manfred G. (2006): *Demokratietheorien*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Soule, Sarah A. (2007): Diffusion Processes within and across Movements, in: Snow, David A. et al. (Hg.): *The Blackwell Companion to Social Movements*, Malden, MA: Blackwell Publishing Ltd, 294-310.
- Soule, Sarah A. (2013): Diffusion and Scale Shift, in: *The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements*, Malden, Oxford, Chichester: Blackwell Publishing Ltd, 349-353.
- Strang, David/Meyer, John W. (1993): Institutional Conditions for Diffusion, in: *Theory and Society*, 22, 487-511.
- Svampa, Maristella/Antonelli, Mirta Alejandra (2009): *Minería transnacional, narrativas del desarrollo y resistencias sociales*, Buenos Aires: Biblos.
- Tarrow, Sidney (1998): *Power in Movement: Social Movements and Contentious Politics*, Cambridge, MA: Cambridge UP.
- Tarrow, Sidney (1996): States and Opportunities: the Political Structuring of Social Movements, in: McAdam, Doug et al. (Hg.): *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*, Cambridge: Cambridge UP, 41-61.
- Urkidi, Leire (2011): The Defence of Community in the Anti-Mining Movement of Guatemala, in: *Journal of Agrarian Change*, 11(4), 556-580.
- van de Sandt, Joris (2009): *Mining Conflicts and Indigenous Peoples in Guatemala: Cordaid*.
- Vélez-Torres, Irene (2014): Governmental extractivism in Colombia: Legislation, securitization and the local settings of mining control, in: *Political Geography*, 38, 68-78.
- Vilmar, Fritz (1973): *Strategien der Demokratisierung. Band I: Theorie der Praxis, Band II: Modelle und Kämpfe der Praxis*, Darmstadt, Neuwied: Luchterhand.
- Wagner, Thomas (2011): *Direkte Demokratie als Mogelpackung. Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus*, Köln: PapyRossa Verlag.
- Walk, Heike (2008): *Partizipative Governance. Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik*, Wiesbaden: VS Verlag.

- Walter, Mariana/Martinez-Alier, Joan (2010): How to Be Heard When Nobody Wants to Listen: Community Action against Mining in Argentina, in: *Canadian Journal of Development Studies / Revue canadienne d'études du développement*, 30(1-2), 281-301.
- Walter, Mariana/Urkidi, Leire (2015): Community mining consultations in Latin America (2002-2012): The contested emergence of hybrid institution for participation, in: *Geoforum*: doi:10.1016/j.geoforum.2015.09.007.
- Welp, Yanina (2008): La participación ciudadana en la encrucijada. Los mecanismos de democracia directa en Ecuador, Perú y Argentina, in: *Iconos. Revista de Ciencias Sociales*, 31, 117-130.
- Wolff, Jonas (2012): Demokratie in Bewegung. Neue soziale Bewegungen und die umkämpfte Demokratisierung der Demokratie in Argentinien, Bolivien und Ecuador, in: Burchardt, Hans-Jürgen/Öhlschläger, Rainer (Hg.): *Soziale Bewegungen und Demokratie in Lateinamerika*, Baden-Baden: Nomos, 77-91.

Über die Autorin

Kristina Dietz leitet gemeinsam mit Bettina Engels die Nachwuchsgruppe „Globaler Wandel – Lokale Konflikte?“ (GLOCON) an der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Konflikte um Land und Rohstoffe, Raum-, Entwicklungs- und Demokratietheorie, globale Umwelt- und Energiepolitik, soziale Bewegungen und Politische Ökologie in Lateinamerika.

Anhang, Tab. 1: Bürger_innenentscheide zu Bergbau in Lateinamerika (Stand: März 2017)

	<u>Fall</u> Ort (Provinz); Name des Bergbauprojekts; Name des beteiligten Unternehmens	<u>Abstimmungs-</u> <u>datum</u>	<u>Konsultationstyp</u> ; gesetzliche Grundlage; Rechtsverbindlichkeit (RV)	<u>Wahlergebnis</u> Wahlbeteiligung in % der Stimmberechtigten (WB) Stimmanteil gegen Bergbau (nein)	<u>Quellen</u>
Argentinien					
1	Esquel (Provinz Chubut); Projekt Esquel; Meridian Gold	23.03.2003	Consulta Popular ; Verfassung der Provinz Chubut; RV: ja	WB: 75 % nein: 81 %	CIDSE/Red Muqui/Fedepaz (2010): Derecho a la participación y a la consulta previa en Latinoamérica. Análisis de experiencias de participación, consulta y consentimiento de las poblaciones afectadas por proyectos de industrias extractivas. Svampa, M et al. (2009): Los Movimientos Contra La Minería Metalífera a Cielo Abierto: Escenarios Y Conflictos. Entre El 'Efecto Esquel' Y El 'Efecto La Alumbraera', in: Svampa, M.; Antonelli, M. A. (Hg.): Minería Transnacional, Narrativas Al Desarrollo Y Resistencias Sociales, Buenos Aires: Editorial Bibos, 123-180. Renauld, M. (2016): The Esquel effect: political opportunity structure and adaptation mechanisms in anti-mining mobilisation in Argentine Patagonia, in: <i>Canadian Journal of Development Studies / Revue canadienne d'études du développement</i> , 37(4), 524-540. Walter, M./Urquidí, L. (2015): Community Mining Consultations in Latin America (2002–2012): The Contested Emergence of a Hybrid Institution for Participation, in: <i>Geoforum</i> .

2	Loncopué (Provinz Neuquén); Projekt Campana Mahuida; Emprendimientos Mineros SA/Corporación Minera de Neuquén (CORMINE)	03.06.2012	Referéndum; Verfassung der Provinz Neuquén; RV: ja, aber umstritten	WB: 72 % nein: 82,1 %	Aranda, D. (2012): Loncopué hizo historia con un referéndum que rechazó la megaminería, in: <i>Iavaca</i> , 04.06.2012. Villar, R. (2012): Consulta en Loncopué: Vox populi, vox Dei, in: <i>Río Negro</i> , 18.06.2012. Walter/Urkiadi (2015).
<i>geplant</i> (pro Bergbau)	Provinz Chubut; Projekt Navidad; Pan American Silver		Consulta Popular; s.o.		Agencias Chubut (2016): En Chubut quieren reabrir la minería a cielo abierto: esperan u\$s 1000 millones, in: <i>El Cronista</i> , 18/10/2016. Huella Minera (2016): Chubut analiza hacer una consulta popular minera, in: <i>Huella Minera Website</i> , 18.10.2016.
Ecuador					
3	Victoria de Portete und Tarqui (Provinz Azuay); Projekt Quimsacocha; IAMGOLD	02.10.2011	Consulta Comunitaria de Buena Fe; Bergbaugesetz, Kap. III, Art. 87 Verfassung von Ecuador, Art. 95; RV: ja, aber umstritten	WB: 69,1 % nein: 92,4 %	N.N. (2011): Gobierno califica de ilegal la consulta comunitaria sobre minería, in: <i>El Telegrafo</i> , 04.10.2011. N.N. (2011): Población de Quimsacocha rechazó la minería, in: <i>Website "No a la Mina"</i> , 03.10.2011.
4	Pacto (Stadtbezirk Quito); <i>Exploraciones des Unternehmens</i> Empresa Minera Nacional (ENAMI)	12.04.2015	Consulta Comunitaria de Buena Fe; s.o.; RV: ja, aber umstritten	WB: 65 % nein: 92,6 %	Bayón, M. (2015): La consulta comunitaria en Pacto dice no a la minería, in: <i>Diagonal</i> , 16.04.2015. Ortiz, F. (2015): Pacto dijo 'No' a la minería, in: <i>la barra espaciadora</i> , 15.04.2015. Sacher, W.; Acosta, A. (2015): La megaminería llega a Quito, in: <i>Plan V</i> , 07.04.2015.
<i>geplant</i>	Cantón Cotacachi (Provinz Imbabura); Projekt LLurimagua; ENAMI/Codelco		Consulta Popular; Verfassung von Ecuador, Art. 104 Staatsgesetz über Bürgerbeteiligung, Art. 5		Observatorio Latinoamericano de Conflictos Ambientales (2014): Alcalde de Cotacachi: "Estamos trabajando para que la minería en Intag se decida en consulta popular", in: <i>Website OLCa</i> , 25.11.2014.

<i>geplant</i>	Cantón Girón (Provinz Azuay); Projekt Loma Larga (vorher: Quimsacocha); INV Metals		Consulta Popular; s.o.		Carrera, L. M. (2015): Habitantes de Girón entregaron firmas para consulta popular sobre minería, in: <i>Website Ecuavisa</i> , 28.07.2015. FIAN Ecuador/MiningWatch Canada (2015): Girón Avanza hacia una Consulta Popular para Frenar la Minería en Kimsacocha, in: <i>Website MiningWatch Canada</i> , 12.07.2015. N.N. (2016): Exigen pronunciamiento sobre consulta popular de proyecto minero, in: <i>La Hora</i> , 14.09.2016.
<i>geplant</i> (pro Bergbau)	San Fernando (Provinz Azuay); Projekt Loma Larga (vorher: Quimsacocha); INV Metals		Consulta Popular; s.o.		Ministerio de Minería (2015): Más de 3000 firmas fueron entregadas al CNE respaldando consulta popular en apoyo al proyecto minero Loma Larga, in: <i>Website Agencia de Regulación y Control Minero</i> , 29.07.2015.
El Salvador					
5	San José Las Flores (Departement Chalatenango); <i>Explorationen des Unternehmens Martinique Minerals</i>	21.09.2014	Consulta Popular; Gemeindeordnung, Art. 115-117; RV: ja	WB: 67,6 % nein: 99,4 %	N.N. (2014): San José Las Flores dijo "NO" a la Minería Metálica en su territorio, in: <i>Diario Co Latino</i> , 22.09.2014. Procuraduría para la Defensa de los Derechos Humanos (PDDH) (2014): Comunicado Público en relación a la Consulta Popular sobre Minería Metálica realizada en San José Las Flores, in: <i>Website PDDH</i> , 22.09.2014.
6	San Isidrio Labrador (Departement Chalatenango); <i>Explorationen des Unternehmens Martinique Minerals</i>	23.11.2014	Consulta Popular; s.o.; RV: ja	WB: 62,3 % nein: 98,7 %	Dario, S. (2006): Chalatenango Communities Step Up Resistance to Au Martinique, in: <i>Website MiningWatch Canada</i> , 08.04.2006. Mesa Nacional Frente a la Minería Metálica (2014): El (otro) pueblo de Chalatenango que le dijo No a la Minería, in: <i>Website Mesa Nacional Frente a la Minería Metálica</i> , 25.11.2015.
7	Nueva Trinidad (Departement Chalatenango); <i>Explorationen des</i>	29.03.2015	Consulta Popular; s.o.; RV: ja	WB: 61,9 % nein: 99,3 %	Dario (2006). N.N. (2015): Nueva Trinidad dice no a la minería en consulta ciudadana, in: <i>Website Transparencia Activa</i> , 06.04.2015.

	<i>Unternehmens Martinique Minerals</i>						
8	Arcatao (Departement Chalatenango); <i>Explorationen des Unternehmens Martinique Minerals</i>	08.11.2015	Consulta Popular; s.o.; RV: ja	WB: k.A. (absolut: 1027) nein: 99,6 %	Dario (2006). N.N. (2015): Un "NO" contundente contra la minería metálica en Arcatao, Chalatenango, in: <i>Diario Co Latino</i> , 10.11.2015.		
9	Cinquera (Departement Cabañas); <i>Explorationen des Unternehmens Minerales Torogoz</i>	26.02.2017	Consulta Popular; s.o.; RV: ja	WB: 52,8 % nein: 98,1 %	Trujillo, D. (2017): Cinquera le dice no a la minería en consulta popular, in: <i>Website Transparencia Activa</i> , 26.02.2017.		
Guatemala							
10	Sipakapa (Departement San Marcos); Projekt Mina Marlin; Goldcorp	18.06.2005	Consulta Comunitaria de Buena Fe; ILO 169 und Gemeindeordnung (Dekret N.º 12-2002, Art. 63-66); RV: nein	WB: 45 % nein: 95,5 %	CIDSE/Red Muqui/Fedepaz (2010). Walter/Urkidi (2015).		
11-20	Departement San Marcos: in 10 Gemeinden; <i>ohne Projektbezug</i>	2005-2009	Consulta Comunitaria; s.o. RV: unklar	WB: k.A. (absolut: > 60 000) nein: 98 %	Walter/Urkidi (2015).		
21-48	Departement Huehuetenango: in 28 Gemeinden; <i>ohne Projektbezug</i>	2006-2010	Consulta Comunitaria; s.o. RV: unklar	WB: k.A. (absolut: 377 615) nein: 99 %	Walter/Urkidi (2015).		
49-53	Departement Quiché: in 5 Gemeinden; <i>ohne Projektbezug</i>	2009-2012	Consulta Comunitaria; s.o.	WB: k.A. (absolut: 104 015) nein: fast 100 %	Walter/Urkidi (2015).		

54-61	Departement Quetzaltenango: in 8 Gemeinden; <i>ohne Projektbezug</i>	2010/2011	RV: unklar Consulta Municipal; Gemeindeordnung (Dekret N.º 12-2002, Art. 63-66); RV: unklar	WB: k.A. (absolut: 104 015) nein: 99 %	Walter/Urkidi (2015).
62-64	Departement Santa Rosa: in 3 Gemeinden; <i>ohne Projektbezug</i>	2011	Consulta Municipal; s.o., RV: unklar	WB: k.A. (absolut: 18 110) nein: 98 %	Walter/Urkidi (2015).
65	Champerico (Departement Retalhuleu); <i>ohne Projektbezug</i>	12.02.2012	Consulta Comunitaria; s.o. RV: unklar	WB: k.A. (absolut: 16 669) nein: 99,2 %	N.N. (2012): En Champerico dicen no a actividad minera, in: <i>Webseite "No a la mina"</i> , 14.02.2012. Walter/Urkidi (2015).
66	Mataquesuintla (Departement Jalapa); <i>ohne Projektbezug</i>	11.11.2012	Consulta Municipal; s.o., RV: ja, aber politisch umstritten	WB: k.A. (absolut: 10 375) nein: 97 %	Oliva, H. (2012): Realizan consulta comunitaria sobre minería en Mataquesuintla, in: <i>Prensa Libre</i> , 11.11.2012. Oliva, H. (2015): Comuna de Mataquesuintla reconoce resultados de consulta sobre minería, in: <i>Prensa Libre</i> , 09.10.2015. Walter/Urkidi (2015).
67-70	San Rafael las Flores (Departement Santa Rosa); in 4 Gemeinden; Projekt El Escobal; Tahoe Resources	Februar/März 2013	Consulta Comunitaria; s.o., RV: nein	WB: k.A. nein: k.A.	N.N. (2013): Otra aldea vota y se opone a la minería, in: <i>Webseite "No a la mina"</i> , 26.03.2013.
71	San Carlos Sija (Departement Quetzaltenango); <i>ohne Projektbezug</i>	21.07.2013	Consulta Comunitaria; s.o., RV: unklar	WB: k.A. (absolut: 16 921) nein: 99,6 %	Curruchich, S. (2013): San Francisco el Alto en Consulta Comunitaria y la actividad minera, in: <i>Publicogf</i> , 04.08.2013.

72	San Francisco el Alto (Departement Totonicapán); <i>ohne Projektbezug</i>	30.07.2013	Consulta Comunitaria; s.o., RV: unklar	WB: k.A. (absolut: 45 620) nein: 99,9 %	Curruchich (2013). Dominguez, É. (2013a): Pobladores de San Francisco El Alto rechazan actividad minera, in: <i>Prensa Libre</i> , 31.07.2013.
73	Momostenango, (Departement Totonicapán); <i>ohne Projektbezug</i>	01.09.2013	Consulta Comunitaria; s.o., RV: unklar	WB: k.A. nein: k.A.	Curruchich (2013). Dominguez, É. (2013b): Comunidades de Momostenango realizan consulta por minería, in: <i>Prensa Libre</i> , 01.09.2013.
74	Jalapa (Departement Jalapa); <i>ohne Projektbezug</i>	10.11.2013	Consulta Municipal; s.o., RV: unklar	WB: k.A. (absolut: 23 152) nein: 98,3 %	N.N. (2013): Jalapa dice No a la Minería, in: <i>Wébsite "Comunidades de Población en Resistencia"</i> , 11.11.2013.
75	Santa María Chiquimula, (Departement Totonicapán); <i>ohne Projektbezug</i>	26.10.2014	Consulta Comunitaria; s.o., RV: unklar	WB: k.A. (absolut: 38 000) nein: 98,5 %	Sapón, H. B. (2014): Población de Santa María Chiquimula vota contra la minería, in: <i>Prensa Libre</i> , 26.10.2014.
76	Cantel (Departement Quetzaltenango); <i>ohne Projektbezug</i>	09.11.2014	Consulta Comunitaria; s.o., RV: unklar	WB: k.A. (absolut: 23 827) nein: 98,2 %	Martínez, A. (2014): Vecinos de Cantel rechazan actividad minera, in: <i>Prensa Libre</i> , 10.11.2014.
77	Totonicapán (Departement Totonicapán); <i>ohne Projektbezug</i>	03.05.2015	Consulta Comunitaria; s.o., RV: unklar	WB: k.A. (absolut: 7182) nein: 97,2 %	N.N. (2013): Rotunda decisión por el "no" en consulta comunitaria en Totonicapán sobre actividades extractivas, in: <i>Wébsite "No a la mina"</i> , 06.05.2015.
78	San Rafael las Flores (Departement Santa Rosa); <i>ohne Projektbezug</i>	17.05.2015	Consulta Municipal; s.o., RV: unklar	WB: k.A. (absolut: 2585) nein: 99,0 %	N.N. (2016): Avanzan las Consultas por Minería en Guatemala, in: <i>Wébsite Directorio Popular</i> , 18.05.2016.
79	Quesada (Departement Jutiapa); <i>ohne Projektbezug</i>	08.05.2016	Consulta Municipal; s.o., RV: unklar	WB: k.A. (absolut: 8299) nein: 97,1 %*	N.N. (2016): Consulta popular en Quesada le dice NO a la minería abrumadoramente, in: <i>Wébsite "No a la mina"</i> , 11.05.2016. N.N. 2016: Quesada, Jutiapa: histórico resultado de

						consulta municipal, el pueblo dice NO a la minería, in: <i>Website "Prensa Comunitaria"</i> , 08.05.2016.
80	San Luis Jilotepeque (Departement Jalapa); <i>ohne Projektbezug</i>	13.11.2016	Consulta Comunitaria; s.o., RV: unklar		WB: k.A. (absolut: 15 707) nein: 98,8 %	N.N. (2016): Resultados de la Consulta Comunitaria en San Luis Jilotepeque, in: <i>Website "Mi San Luis Jilotepeque"</i> , 14.11.2016.
81	San Carlos Alzatate (Departement Jalapa); <i>ohne Projektbezug</i>	27.11.2016	Consulta Municipal; s.o., RV: unklar		WB: k.A. (absolut: 6179) nein: 98,8 %	N.N. (2016): Alzatate Jalapa: las comunidades se preparan para la Consulta Municipal de Vecinos, in: <i>Website "Prensa Comunitaria"</i> , 10.04.2016. N.N. (2016): San Carlos Alzatate dijo NO a la minería en consulta municipal, in: <i>Website "No a la mina"</i> , 02.12.2016.
Peru						
82	Tambogrande (Provinz Piura); Projekt Tambogrande; Manhattan Minerals Corporation	02.06.2002	Consulta Vecinal; Gemeindeverordnung n° 012-2001-MDT-C; RV: nein		WB: 69 %, nein: 93,9 %	Bebbington, A./Humphreys Bebbington, D./Bury, J. (2011): Federating and Defending: Water, Territory and Extraction in the Andes. In: Boelens, Rutgerd et al. (Hg.): Out of the Mainstream: The Politics of Water Rights and Identity in the Andes, London: Earthscan, 307-327. CIDSE/Red Muqui/Fedepaz (2010). Subias Grau, T. et al. (2005): El éxito de Tambogrande, in: <i>ecología política</i> , 30, 95-116. Walter/Urkidi (2015).
83	Ayacaba, Pacaipampa (Provinz Piura) und El Carmen de la Frontera (Provinz Huancabamba); Projekt Majaz; Monterrico Minerals	16.09.2007	Consulta Vecinal; Gemeindeverordnung n.º 003-2007-GLM-PFA; RV: nein		WB: 57,4 % nein: 94,5 %	CIDSE/Red Muqui/Fedepaz (2010). Hoetmer, R. (2010): "Esta democracia, ya no es democracia..." Reflexiones a propósito de la consulta vecinal sobre la minería en la frontera norte del Perú, in: <i>YUAYKUSUN</i> , 3, 183-208.

84	Provincia Candarave: Projekt Toquepala; Southern Copper Corporation (SPCC)	17.02.2008	Consulta Vecinal; Gemeindeverordnung n.º 001-2008-MPC/A; RV: nein	WB: 67 % nein: 92,5 %	N.N. (2009): Consulta Vecinal dice NO a la minería, in: <i>Website "No a la Mina"</i> , 29.09.2009. Walter, Urkidi (2015).
85	Provincia Islay: in 6 Distrikten; Projekt Tía María; Southern Copper Corporation (SCC)	27.09.2009	Consulta Vecinal/Consulta Popular; Gemeindeverordnungen der Distrikte; RV: nein	WB: 48,5 % nein: 95,1 %	Carpio, R. (2009): Perú: Hoy se realiza consulta vecinal sobre proyecto minero Tía María en Arequipa, in: <i>Website Servindi</i> , 27.09.2009. N.N. (2009): Consulta Vecinal dice NO a la minería, in: <i>Website "No a la Mina"</i> , 29.09.2009. Walter, Urkidi (2015).
86	Torata (Departement Moquegua): Projekt Quellaveco; Anglo American Quellaveco	20.11.2011	Consulta Vecinal; Gemeindeverordnung; RV: nein	WB: 48,7 % nein: 80 %	Lecarnaqué-Rufino Motta, C. (2011): Consulta vecinal en Torata no es vinculante, in: <i>La Republica</i> , 22.11.2011. N.N. (2012): Perú: ¡80 por ciento de la población de Torata rechazó a minera Quellaveco en consulta vecinal!, in: <i>Website Servindi</i> , 25.11.2011.
87	San Juan de Kañaris (Departement Lambayeque): Projekt Kañariaco; Candente Copper	30.09.2012	Consulta Comunal; ILO 169; RV: nein	WB: 47,7 % nein: 95 %	N.N. (2012): Perú: En consulta comunal el 95% de votantes de Kañaris rechazó proyecto minero Cañariaco, in: <i>Website Servindi</i> , 01.10.2012. Walter/Urkidi (2015).
Kolumbien					
88	Carmen del Darién (Departement Chocó) und Murindó (Departement Antioquia): Projekt Mandé Norte; Muriel Mining Corporation	24.02.2009- 28.02.2009	Consulta Interétnica de los Pueblos; ILO 169; RV: ja, aber politisch umstritten	WB: k.A. (absolut: 1183) nein: 100 %	CIDSE/Red Muqui/Fedepaz (2010). Comisión Interétnica de Justicia y Paz (2012): Corte Constitucional protege derechos de indígenas ante pretensiones de empresas mineras, in: <i>Website Comisión Interétnica de Justicia y Paz</i> , 23.03.2012. Comisión Interétnica de Justicia y Paz (o.J.): Consulta de los Pueblos y Defensa de los Territorios. El Caso de las Comunidades Indígenas de Alto Guayabal, in: <i>Website Comisión Interétnica de Justicia y Paz</i> . Walter/Urkidi (2015).
89	Piedras (Departement Tolima);	28.07.2013	Consulta Popular; Gesetz 134 (1994), Art.	WB: 58,9 %	Cuevas Guarnizo, A. M. (2014): Hace un año Piedras le dijo no a la minería: ¿de qué sirvió?, in: <i>El</i>

	Projekt La Colosa; AngloGold Ashanti		50-57 Gesetz 136 (1994), Art. 33; RV: ja, aber politisch umstritten	nein: 98,8 %	<i>Espectador</i> , 25/08/2014. Dietz, K. (2017a): Politics of Scale and Struggles over Mining in Colombia, in: Engels, B.; Dietz, K. (Hg.): Contested Extractivism, Society and the State: Struggles over Mining and Land, London: Palgrave Macmillan, i.E. Registraduría Nacional del Estado Civil (2013): En consulta popular celebrada el domingo 28 de julio, los habitantes de Piedras, Tolima dijeron “no” a la exploración minera en su municipio, in: <i>Comunicado de Prensa</i> N° 528.
90	Cabrera (Departement Cundinamarca); <i>ohne Bergbauprojektbezug</i>	26.02.2017	Consulta Popular ; s.o.; RV: ja	WB: 43,5% nein: 97 %	Camacho Montealegre, V. (2017): Cabrera dijo NO a proyectos mineroenergéticos mediante consulta popular, in: <i>Website Red por la justicia ambiental en Colombia</i> , 27.02.2017. N.N. (2017): Cabrera (Cundinamarca) dijo no a proyecto hidroeléctrico en Sumapaz, in: <i>El Espectador</i> , 26.02.2017. Torres Rojas, H. A. (2017): En consulta popular, el municipio de Cabrera le dijo no a Emgesa, in: <i>Revista SIC</i> , 01.03.2017.
91	Cajamarca (Departement Tolima); Projekt La Colosa; AngloGold Ashanti	26.03.2017	Consulta Popular ; s.o.; RV: ja	WB: 38,6% nein: 97,92%	Dietz, Kristina (2017b): Mit lokalen Volksentscheiden gegen industriellen Bergbau? Der Konflikt um die Goldmine La Colosa in Kolumbien, in: <i>Forschungsjournal Soziale Bewegungen</i> , 30(1), 62-71. N.N. (2017): Vía libre para continuar con la consulta popular minera de Cajamarca, in: <i>El Espectador</i> , 21/01/2017. N.N. (2017): En las urnas, cajamarquinos dijeron “fuera Anglogold Ashanti”, in: <i>El Nuevo Dia</i> , 26/03/2017.
<i>geplant</i>	Ibagué (Departement Tolima); Projekt La Colosa; AngloGold Ashanti		Consulta Popular ; s.o.		Comité Ambiental en Defensa de la Vida (2016): La consulta popular no se anuló, se suspendió temporalmente, in: <i>Website Comité</i> , 20.10.2016. Dietz (2017b). N.N. (2017): La consulta popular en Ibagué iniciaría de

						ceros, in: <i>El Nuevo Dia</i> , 16/02/2017. Pardo, T. (2016): El tortuoso camino de la consulta popular minera en Ibagué, in: <i>El Espectador</i> , 16/12/2016.
<i>geplant</i>	Pijao (Departement Quindío); <i>ohne Projektbezug</i>			Consulta Popular; S.O.		Cárdenas Herrera, S. (2016): Pijao podrá hacer consulta minera y ordenan estudios al Estado, in: <i>El Colombiano</i> , 11/10/2016.
<i>geplant</i>	Onzaga (Departement Santander); <i>ohne Projektbezug</i>			Consulta Popular; S.O.		Equipo Jurídico Pueblos (2014): Consulta Popular sobre la Gran Minería en Onzaga, Santander, in: <i>Blog "Derechos de los Pueblos"</i> , 16.08.2014.
<i>geplant</i>	Quinchía (Departement Risaralda); Projekt Miraflores; Seafield Resources Ltd. Projekt Batero-Quinchía; Batero Gold Corp.			Consulta Popular; S.O.		Bedoya, A., S. (2016): Quinchía prepara consulta popular sobre megaminería, in: <i>El Diario</i> , 30/08/2016.
<i>geplant</i>	Córdoba (Departement Quindío); <i>ohne Projektbezug</i>			Consulta Popular; S.O.		Sepúlveda, L. 2016: Córdoba decidirá en las urnas si permite minería, in: <i>El Tiempo</i> , 18/05/2016.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Freie Universität



Berlin